# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1914. Nr. 80. Jahrgang 207.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonteil.), Alt. Unterhaltungsblatt (Sonntagsteil.), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108 u. 8109; Redaktionsfernruf 8110. Hauptschriftleitung: Dr. Strasser-Fleiburg Halle (Saale).

Dienstag, 17. Februar 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).


## Der Konflikt in Schweden.

An allen Stammtischen wiegt man die Köpfe. Es wird über die schwierige Frage debattiert, ob der König von Schweden das Recht gehabt habe, seinen Bauern zu sagen, er denke in der Frage der Rüstungsverstärkung, wie sie. Darf er denn das? Verletzt er dadurch nicht die Verfassung? So hört man es immer wieder aus der Runde, und die Mehrzahl meint gewöhnlich, König Gustav habe Unrecht gehabt, denn Schweden sei ein konstitutioneller Staat, und nur ein absoluter König hätte so reden dürfen. Solche Urteile beruhen auf einer vollkommenen Verwirrung der Geister. In jeder Konstitution wird nahezu an erster Stelle die Redefreiheit verbürgt. Jeder Preuße hat das Recht, in Wort und Schrift seine Meinung frei zu sagen, heißt es beispielsweise in der preußischen Verfassung. Ist ein König nicht auch Staatsbürger? Soll ihm allein der Mund verboten sein? Das ist natürlich heller Unsinn; in der schwedischen Verfassung, die vom 7. Juni 1809 stammt, steht kein Wort davon, daß der Monarch sich erst mit seinen Ministern ins Benehmen setzen müßte, um eine Ansprache halten zu können.

Diese schwedische Verfassung gibt dem König sogar weit mehr Freiheit, als man sie anderswo gewöhnt ist. Zwischen einer konstitutionellen und einer parlamentarischen Regierung ist eben ein gewaltiger Unterschied, und den reinen Parlamentarismus, so wie ihn die schwedische Linke sich erträumt, haben wir vorerst nur in einer einzigen Monarchie der Welt, in England. In Schweden ist es nicht einmal so, daß sämtliche Gesetze einer parlamentarischen Mitwirkung bedürfen. Dem König steht in der Legislative die ausschließliche Handhabung der verwaltungs- und volkswirtschaftlichen Gesetzgebung zur Regelung von Bergbau, Forstwesen, Fabriktätigkeit, Handel und Gewerbe, Fischfang, Gesundheitswesen usw. zu. Nur die übrigen Gesetze erfordern die Uebereinstimmung der Volksvertretung und des Königs, aber auch da hat der König das absolute Vetorecht bei Beschlüssen des Reichstages, die ihm nicht passen. Wie man sieht, sind seine Befugnisse noch weit größer, als etwa die des Königs von Preußen. Nur in einer Beziehung hat ein konstitutioneller Monarch, der Kaiser von Japan, noch etwas vor ihm voraus: die Bestimmung der Heeres- und Flottenstärke ist im Lande der aufgehenden Sonne ausschließlich Sache des Monarchen, und das Parlament hat dort nur die Steuerleistung entsprechend zu bemessen und zu verteilen. König Gustav von Schweden ist kein junger Brausewind mehr, sondern längst schon Großvater, und überlegt sich seine Worte genau. Auf den Empfang der 31 000 Bauern war er seit Wochen vorbereitet, sprach also nicht etwa in einer kurzen impulsiven Regung. Was er sagte, das ist verfassungsgemäß unanfechtbar, denn es war eine freie Meinungsäußerung, weiter nichts. Der König selbst hat auf die Anfrage seines Ministers bekannt, daß er selbstverständlich nicht daran denke, ohne Anhören seiner verfassungsmäßigen Berater etwa in der Gesetzgebung selbst die Frage der Rüstungsstärkung zu entscheiden, und damit war alles erklärt, was man billig von ihm fordern konnte.

Sogar aus dem radikalen Lager Schwedens kommen Stimmen, die es für unsinnig erklären, den König im Gegensatz zu jedem Staatsbürger mundtot machen zu wollen; jeder Eckensteher darf sich beispielsweise mit einer republikanischen Gesinnung brüsten, und es wäre unerhört, wenn man da dem König verwehren wollte, sich über den Zustand der Landesverteidigung zu äußern, zumal da er oberster Kriegsherrn ist und von sich aus ohne Befragen des Parlaments Krieg erklären und Frieden schließen kann. Man sollte meinen, ein Konflikt sei also ausgeschlossen. Trotzdem versucht der schwedische Liberalismus im Trüben zu fischen und eine Art Volksbewegung gegen die „absolutistischen" Regungen des Königs hervorzurufen. Der gemäßigt liberale Politiker, dem der König die Neubildung des Kabinetts angetragen hat, weigert sich, dies zu tun. Der König solle doch lieber gleich ein konservatives Ministerium berufen. Nun gehört aber die Mehrheit des Reichstages der Linken, ein Rechtsministerium hätte mithin alsbald den Konflikt mit dem Parlament, — aber gerade das will man haben, gerade darauf steuert man hin, auch wenn das Land selber darunter leiden sollte.

## Deutsches Reich.

### Die Verkennung des Preußenbundes in Bayern.

Die „Bayerische Staatszeitung" bemerkt in ihrer Montagsschau zur inneren Lage im Reiche:

„In der inneren Politik des Reiches ist die im Interesse einer ungestörten Wirksamkeit unserer nationalen Kräfte erwünschte Ruhe allmählich wieder zurückgekehrt. Die vortrefflichen (!) Worte, welche der Reichskanzler beim Mahle des deutschen Landwirtschaftsrates gesprochen hat, werden dazu beitragen, diesen Gesundungsprozeß zu beschleunigen. Was Herr v. Bethmann Hollweg über die Verkehrtheit einer gewissen Sorte von Partikularismus gesagt hat, wird jeder in Deutschland, der den Reichsgedanken und seine Bedeutung für unsere innere Geschlossenheit richtig erfaßt hat, mit Genugtuung vernommen haben. Die Zeiten sind zu ernst, als daß Deutschland sich den Luxus partikularistischen Gezänkes leisten könnte. Wir haben, darauf hat sowohl der Staatssekretär des Innern im Reichstag wie Graf Schwerin im deutschen Landwirtschaftsrat mit Stolz hinweisen können, einen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen, der die Bewunderung und das Staunen des Auslandes erregt. Mit diesem Staunen ist auch aufs engste der Neid verbunden, und dieser Neid beobachtet mit gespannter Aufmerksamkeit Symptome von Eigenbrödelei, wie sie in jüngster Zeit im Norden des Reiches zu verzeichnen gewesen sind. Es mag sein, daß er sie überschätzt. Es wäre aber des Geschlechtes, das die Früchte der Opfer seiner Väter genießt, würdiger, jede Gelegenheit zu partikularistischer Infektion sorgsam zu meiden. Mit Befriedigung kann das deutsche Volk auch den Stimmungsumschwung verzeichnen, der sich in den Reichslanden geltend macht. Die sympathische Art, mit der sich die neuen Männer in Straßburg eingeführt haben, läßt erwarten, daß die Ruhe, die in Elsaß-Lothringen einkehrt, sich zu einer dauernden gestalten wird. Der erfreuliche, maßvolle Ton, den die reichsländische Presse in der jüngsten Zeit anschlägt, scheint eine gewisse Bürgschaft für Verwirklichung derartiger Wünsche zu bieten. Notwendig ist aber, daß nunmehr auch die übrige deutsche Presse der weiteren Entwicklung der Dinge in Elsaß-Lothringen Wohlwollen und Verständnis bezeigt und den aufrichtigen Willen bekundet, an der Befestigung des inneren Friedens in den Reichslanden in Ruhe und Besonnenheit mitzuarbeiten."

### In der Zweiten sächsischen Kammer

kritisierte bei der Beratung des Etatskapitels „Sachsens Vertretung im Bundesrate" der Nationalliberale Zöphel die Haltung der sächsischen Regierung zur Frage der laufenden Deckung der neuen Heeresvorlagen. Die sächsische Regierung habe, nachdem sie im Bundesrat überstimmt worden war, einen Appell an die Oeffentlichkeit gerichtet. Dieses widerspreche den Traditionen, welche unter Bismarck gepflogen worden seien, nämlich, daß der Bundesrat als geschlossene Einheit der Bevölkerung gegenübertreten solle, und daß Meinungsverschiedenheiten im Bundesrat nicht an die Oeffentlichkeit kommen sollten. Es wagten sich sonst leicht partikularistische Bestrebungen hervor, die die Grundlage der Reichsverfassung erschüttern könnten. Der Einfluß, den die preußische Politik in den letzten Jahren auf die Reichspolitik gewonnen habe, sei eine höchst unerfreuliche Erscheinung. Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckstädt erklärte, die sächsische Regierung habe infolge von Fragen aus der Mitte des Hauses wiederholt Gelegenheit genommen, ihre Stellung zur Reichsvermögenssteuer und Reichserbschaftssteuer im Landtage darzulegen und habe dabei nur ihr gutes Recht wahrgenommen. Dadurch sei die Oeffentlichkeit in Kenntnis gesetzt worden von dem Kampfe, den die sächsische Regierung gegen die Vorschläge im Bundesrat geführt habe. Er, Redner, müsse aber entschieden in Abrede stellen, daß die sächsische Regierung irgendwelchen Appell an die Oeffentlichkeit gerichtet habe oder irgendwie gegen den Bundesrat öffentlich aufgetreten sei. Selbstverständlich habe die sächsische Regierung stets die Grenzen gewahrt zwischen den Bestimmungen der Reichsverfassung und den Rechten der einzelnen Bundesstaaten, und von diesem Standpunkte aus könne er auch, ohne dabei partikularistischen Tendenzen zu huldigen, die Wahrung der Interessen eines jeden Volksstammes im Rahmen einer deutsch-nationalen Politik billigen. Er räume dieses Recht den Bayern sowohl wie den Preußen ein, nehme es aber auch für Sachsen in Anspruch, und zwar in der Ueberzeugung, daß der deutsche Gedanke in allen Kreisen des deutschen Volkes so feste Wurzel gefaßt habe, daß er durch die Pflege des Volkscharakters der einzelnen Stämme nicht gefährdet, sondern nur gefestigt werden könne.

### Die Wünsche des bayerischen Industriellenverbandes.

Die Korrespondenz „Hoffmann" meldet: In einer kürzlich abgehaltenen Sitzung der Gesamtvorstandschaft des bayerischen Industriellenverbandes in München wurde das Präsidium der Gesamtvorstandschaft in der bisherigen Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt und das durch Satzungsänderungen neuerrichtete Direktorium des Verbandes konstituiert. Mit Bezug auf die Reform des Patentgesetzes wurde beschlossen, die von der allgemeinen Industriellenversammlung vom 16. Januar 1914 in Berlin festgelegten Leitsätze zu unterstützen und der bayerischen Staatsregierung eine ausführliche Begründung zu unterbreiten. Der Verband erklärte es ferner als ein Gebot der Gerechtigkeit, daß der seit der Zusammensetzung der Kammer der Reichsräte eingetretenen Aenderung der Verhältnisse im Erwerbsleben Rechnung getragen wird, indem durch eine Aenderung der Verfassung die Möglichkeit eröffnet wird, daß eine größere Anzahl von Persönlichkeiten aus Handel, Industrie und Gewerbe in die Reichsratskammer berufen werden können. Die durch eine Rundfrage ermittelten Wünsche der bayerischen Industrie in bezug auf die Neuregelung der Handelsverträge würden vom Verband zusammengestellt und sollen den maßgebenden Stellen demnächst mit entsprechender Begründung unterbreitet werden.

### Französische Art.

Französische Zeitungen berichteten kürzlich über zahlreiche Erkrankungen in der französischen Armee. Der Berliner Korrespondent des Pariser „Journal" meldete daraufhin Einzelheiten über den derzeitigen angeblich mangelhaften Gesundheitszustand im deutschen Heere. Er sprach von 12 000 Lazarettkranken! Besonders in Mitleidenschaft seien das Garde-, 4., 6., 14., 15. und 16. Armeekorps gezogen. Einige Regimenter und Garnisonen waren namentlich bezeichnet worden.

Von zuständiger Seite erfahren wir hierzu folgendes:

Tragen diese Mitteilungen des französischen Korrespondenten auch an und für sich schon den Stempel der Unwahrheit an der Stirn, so lohnt es dennoch, sie im Einzelnen zu widerlegen.

Der Krankenzugang — Lazarett und Revier — in der Preußischen Armee (einschließlich Sachsen und Württemberg) betrug im Januar 1914 53,7 vom Tausend der Iststärke gegen 55,9 vom Tausend im Januar 1913. Die in der französischen Meldung als besonders ungünstig bezeichneten Armeekorps haben folgenden Gesamtkrankenzugang zu verzeichnen gehabt: Gardekorps im Januar 1914 47,1 vom Tausend gegen 65,6 vom Tausend im Januar 1913, 4. Armeekorps 49,0 vom Tausend gegen 50,8 vom Tausend, 6. Armeekorps 59,3 vom Tausend gegen 59,9 vom Tausend, 14. Armeekorps 54,9 vom Tausend gegen 63,5 vom Tausend, 15. Armeekorps 56,1 vom Tausend gegen 50,7 vom Tausend, 16. Armeekorps 49,7 vom Tausend gegen 48,8 vom Tausend. Das Gardekorps, das 4. und 16. Armeekorps stehen noch unter dem Durchschnitt des Gesamtkrankenzuganges der Armee. Wenn von dem französischen Berichterstatter Angaben über das Auftreten von ansteckenden Krankheiten im deutschen Heere gemacht werden, so trifft dies in keiner Weise zu. Vom Anfang Januar ab bis zum 13. Februar sind, abgesehen von neun Scharlachfällen beim Feldartillerie-Regiment Nr. 46 in Wolfenbüttel, sechs Diphtherieerkrankungen beim Jägerbataillon Nr. 7 in Bückeburg und einigen leichten Erkrankungen an Grippe auf dem Truppenübungsplatz Hammerstein beim Trainbataillon Nr. 20, von ansteckenden, als Epidemie aufzufassenden Krankheiten in der preußischen Armee nur noch im Bereiche des 14. Armeekorps drei bis jetzt vereinzelt gebliebene Genickstarrefälle zur Meldung gekommen. Der Gesundheitszustand ist demnach in den zurückliegenden Wochen und zur Zeit besser als je zuvor. Das deutsche Volk braucht sich also nicht durch die maßlosen Uebertreibungen eines französischen Berichterstatters beunruhigen zu lassen.

### Kleinere politische Nachrichten.

* **Der Kaiser** hat gestern dem Reichskanzler einen Besuch gemacht.

* **Römische Gerüchte.** Einige italienische Zeitungen haben Gerüchte gebracht, die auch im Parlament ein Echo fanden, wonach Deutschland im Jahre 1911 Bestrebungen zum Ausdruck gebracht habe, in Libyen in politischer Hinsicht selbständig vorzugehen. Diese Nachrichten entbehren jeder Grundlage, weil das Vorgehen Deutschlands vor, während und nach dem Kriege in Libyen in nichts Italien gegenüber hätte loyaler und freundschaftlicher sein können.

* **Die Zaberner Zivilprozesse.** Zu der Meldung demokratischer Blätter, die Militärbehörde habe die Zaberner Inhaftierten durch Angebot eines Schadensersatzes von 50 Mark zur Zurücknahme ihrer Entschädigungsklage zu bewegen versucht, wird berichtet, daß davon den militärischen Stellen weder in Straßburg noch in Zabern etwas bekannt sei. Es scheint sich also um eine glatte Erfindung zu handeln.

* **Der Weg des Herrn von Gerlach.** Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" berichtet, hat der zuerst christlich-soziale, dann national-soziale, dann rein demokratische, seit langen Jahren bei der „Welt am Montag" beschäftigte Herr von Gerlach sich nunmehr der Berliner Parteileitung der Sozialdemokratie als Redakteur angeboten. Die Parteileitung hat Herrn v. Gerlach der „Essener Arbeiterzeitung" empfohlen, die Essener „Genossen" haben aber dankend abgelehnt.

* **Sozialdemokratische Niederlage in Dresden.** Der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Fräßdorf ist bei der Neuwahl eines Vorsitzenden der Dresdener Ortskrankenkasse nicht wiedergewählt worden.

## Der Bund der Landwirte in Berlin.

Wie schon kurz gemeldet, begann gestern im „Zirkus Busch" und im „Zirkus Schumann" in Berlin die Tagung des Bundes der Landwirte.

Landtagsabgeordneter **Dr. Roesicke**, der Vorsitzende des Bundes, eröffnete die Versammlung mit einer Rede, in der er darauf hinwies, daß im vorigen Jahre eine Rekordernte zu verzeichnen war. Infolgedessen seien die Preise für landwirtschaft-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402172-14/fragment/page=0001

liche Erzeugnisse zurückgegangen. Der liberale Blätterwald zetere nur, wenn die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die Höhe gingen, wenn sie aber heruntergingen, schweige sich die liberale Presse aus. Der Reichstag stehe vor der Erneuerung der Handelsverträge. Man habe zum Reichstage nicht das Vertrauen, daß er namentlich die landwirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes voll wahre. Die Demokraten und Sozialdemokraten hatten die Freiheit, die Disziplin des deutschen Heeres zu erschüttern. Ein Mann wies in nüchterner und energischer Weise die Angriffe zurück; dies war Oberst v. Reuter. (Stürmischer Beifall.) Und weiter entrechten sich die Sozialdemokraten, die Liebe des deutschen Volkes zum angestammten Kaiserhaus und seinen Bundesfürsten zu untergraben und in die Kommandogewalt des Kaisers einzugreifen. Er gebe sich der sicheren Hoffnung hin, daß der gute patriotische Teil des deutschen Volkes diese Angriffe abwehren und sich um den Kaiser und die Bundesfürsten scharen werde, um das Vaterland gegen den äußeren und inneren Feind zu verteidigen. Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, die deutschen Bundesfürsten und freien Städte.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Landtagsabgeordneter Dr. Hahn, teilte mit, daß die Zahl der Bundesmitglieder weiter sehr gestiegen sei. Die Gesamtumstände hätten es erforderlich erscheinen lassen, den Jahresbeitrag des Bundes um zwei Drittel des bisherigen Beitrages zu erhöhen unter Schonung der kleinen Besitzer. Dr. Hahn betonte, daß der Bund der Landwirte sehr wohl mit den Nationalliberalen zusammenwirken könne, deren Programm die Wahrung der Autorität, Schutz der Arbeitswilligen und die Erhaltung der bewährten Handelspolitik sei. Auch das Zentrum würde gut tun, wenn es nicht mit den Liberalen und noch weniger mit den Sozialdemokraten zusammengehe, sondern die Politik der Agrarier unterstütze. Die Bürgerlichen würden sehr bald einsehen, daß, wenn sie der fremden Demokratie die Hand reichten, sie sehr bald aufgefressen würden. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland, worauf die Versammlung „Deutschland, Deutschland über alles" sang.

Herr von Oldenburg-Januschau wandte sich besonders gegen den Bülowblock, der vollständig Fiasko gemacht habe. Die Rechte sei dadurch unter den Schlitten gekommen, sie müsse sich aber wieder aufraffen, und die bürgerlichen Parteien dürften sich nicht von einer fremden Demokratie zum Narren lassen. Die Kabinettsordre von 1820 sei eine Sache der preußischen Könige und gehöre nicht vor den Reichstag. Es sei gleichgültig, ob die Grenzpfähle in Deutschland schwarz-weiß oder grün-weiß seien, die Hauptsache sei, daß, wenn der erste Kanonenschuß losgehe, die schwarz-weiß-rote Flagge im ganzen Reiche aufgepflanzt sei.

Nach längerer Erörterung gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der es am Schlusse heißt:

„Die Vorgänge in Zabern, die Versuche, die Kommandogewalt des Kaisers und der Bundesfürsten abzugrenzen und den Parlamentarismus zu stärken, das Uebergreifen des Reiches auf die Steuerpolitik der Einzelstaaten sind Merkzeichen der neuerdings eingetretenen demokratischen Entwicklung. Der Bund der Landwirte spricht seine feste Entschlossenheit aus, dieser die Monarchie, für das Reich und für das gesamte Volk gleich unheilvollen Entwicklung mit aller Kraft und Entschiedenheit zu seinem Teil entgegenzuwirken."

Die Generalversammlung wurde darauf mit einem dreifachen Hoch auf den Bund der Landwirte geschlossen.

# Ausland.

### Wien zur Antwortnote der Pforte.

Der Pester „Lloyd" in Ofen meldet über die Wiener Auffassung der Antwort der Pforte, daß diese Antwort die Form einer unwirschen Zustimmung zu den europäischen Beschlüssen habe, daß jedoch die Besorgnis kaum gerechtfertigt sei, daß die Türkei mit ihrer Note eine unmittelbar bevorstehende aggressive Politik ankündigen wolle.

### „Bloße Etikette".

Der Großwesir hat gestern dem griechischen Gesandten einen Besuch abgestattet. Der Besuch war bloße Etikette. In griechischen diplomatischen Kreisen wird versichert, daß in dem Gespräche zwischen den beiden Staatsmännern weder die Inselfrage noch andere politische Fragen berührt wurden. In denselben Kreisen zeigte man sich jedem Gedanken eines direkten Einvernehmens mit der Türkei in der Inselfrage unzugänglich. — Die Pforte dementiert amtlich alle in der letzten Zeit veröffentlichten Meldungen, wonach die türkische Regierung über einen Vorschuß auf Schatzscheine verhandle. Es sei weder über einen derartigen Vorschuß noch über den Verkauf von Schatzscheinen verhandelt worden.

### Das neue schwedische Ministerium.

„Dagens Nyheder" und „Svenska Dagbladet" in Stockholm enthalten die Ministerliste, die dem Vernehmen nach vom Landeshauptmann Hammarskjöld vorgelegt vom König genehmigt worden sei. Die Liste enthielt folgende Namen: Landeshauptmann Hammarskjöld Ministerpräsident und Kriegsminister, Bankdirektor Wallenberg Minister des Aeußern, Obergerichtspräsident Hasselrot Justizminister, Fabrikbesitzer Vennersten Finanzminister, Landeshauptmann v. Sydow Minister des Innern, Professor Westman Kultusminister, Schiffsreder Dan Broström Marineminister, Gutsbesitzer Freiherr J. Beck-Friis Ackerbauminister, Expeditionschef Stenberg und Linnér sowie Oberst Mörcke Minister ohne Portefeuille. Von offizieller Seite wurde diese Liste gestern weder bestätigt noch dementiert. Sicherem Vernehmen nach wird das neue Ministerium heute ernannt werden.

### Zum japanischen Marineskandal.

Auf eine Anfrage, warum der Premierminister und der Marineminister nicht ihre Entlassung einreichten, erklärte der Premierminister, daß man das Ergebnis der Kriegsgerichtlichen Verhandlung abwarten wolle; zurzeit stehe noch nicht fest, ob die Korruption allgemein sei, oder ob es sich um einen Einzelfall handele.

### Weitere Rücktritte in hohen russischen Beamtenstellen.

Den Gehilfen des Finanzministers, Okrowski, Weber und Nowizki ist die von ihnen erbetene Entlassung bewilligt worden. Der Rücktritt der Direktoren der Kreditkanzlei, Davydow, der Staatsbank, Konschin, und der Allgemeinen Kanzlei des Finanzministers, Lwow, steht bevor.

### Der Prinz zu Wied geht nach London.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß Prinz Wilhelm zu Wied nach London kommen wird, um König Georg seine Ehrerbietung zu bezeigen und sich mit Sir Edward Grey zu besprechen. Prinz Wilhelm zu Wied wird einer Einladung zum Frühstück im Buckingham-Palast folgen.

### Eine engere Fühlung der Triple-Ententemächte?

Nach einer aus London datierten, sichtlich offiziösen Meldung hat der russische Minister des Aeußern Sasonow der englischen Regierung den Vorschlag gemacht, daß alle die Tripleententte interessierenden Fragen in London zum Gegenstand vorheriger Prüfung zwischen Sir Edward Grey, dem russischen Botschafter Graf Benkendorff und dem französischen Botschafter Paul Cambon gemacht werden. Der Zweck dieses Vorschlags sei, der Diplomatie der Tripleententte eine engere Fühlungnahme und eine raschere Aktion als bisher zu ermöglichen.

### Erregung in Japan über das Abkommen zwischen China und der Standard Oil-Company.

Die „Times" meldet aus Peking vom 15. ds. über das Abkommen zwischen der chinesischen Regierung und der Standard Oil-Company über die Erschließung der Oelfelder in Nordchina: „China hatte als Gegenleistung für die Konzession ein Darlehen von drei Millionen Pfund verlangt. Da aber das Ausleihen von Geld nicht zu den Geschäften der Standard Oil-Company gehört, einigte man sich dahin, daß China kostenlos 37,5 Prozent der Aktien der Gesellschaft erhalten sollte, die zur Ausbeutung der Konzession gegründet werden wird, ferner das Recht, innerhalb zweier Jahre weitere 7,5 Prozent der Aktien zu kaufen. Der Vertrag schließt das Recht in sich, zur Erschließung der Felder Röhrenleitungen zu legen und Bahnen zu bauen. Diese Bestimmung, soweit sie sich auf Bahnen im östlichen China bezieht, erregt großes Mißfallen bei Japan."

### Auszeichnung.

Der Kaiser von Oesterreich hat dem Minister des Auswärtigen Grafen Berchtold das Großkreuz des St. Stephan-Ordens verliehen.

### Todesfall.

Vicomte Aoki, der frühere japanische Minister des Auswärtigen, ist gestern gestorben.

### Spanien und Frankreich.

Nach einer Blättermeldung aus Madrid hat die spanische Regierung gegenüber den von Frankreich bereits vor vier Monaten gemachten Vorschlägen betreffend das Statut von Tanger eine ablehnende Haltung beobachtet. Insbesondere weigere sich Spanien, dem Vorschlage zuzustimmen, daß der zur internationalen Zone gehörenden Bannmeile von Tanger nur französische Offiziere überwiesen werden und daß der Sultan einen Vertreter in den Gemeinderat von Tanger entsendet.

# Provinz Sachsen und Umgebung.

### Der augenblickliche Stand der Leipziger Kanalfrage.

Stadtrat a. D. Ludwig-Wolf erstattete, den „Leipziger Neuesten Nachrichten" zufolge, einen ausführlichen Bericht über die Lage des Unternehmens und dessen Standpunkt zu dem Kanalprojekt Leipzig—Eilenburg. Die Gesellschaft habe, so führte er aus, keine Ursache, den Herren Verlegenheit zu bereiten, sie könne mit deren Agitation einverstanden sein, weil durch sie die Notwendigkeit eines Kanales nach Leipzig noch weiteren Kreisen nahegebracht werde. Damit habe die Sache einen weiteren Nutzen, da die Stadt Halle, die Stadtverwaltung und der Kreis längs der Saale in den Interessenkreis des Kanals hineingetrieben werde. Halle stelle sich auf den Standpunkt, daß es in Zukunft durch das Wachsen der Interessen und des Verkehrs reichlich durch Vermehrung der Verbindung in seinen Aufgaben gewinnen werde. Die Ausführung des Elbe-Saale-Kanals sei auf 64 Mill. bewertet, es würden für die Verzinsung allein etwa 2½ Millionen aufgebracht werden müssen, und sobald nicht aufgebracht werden können. Zudem erscheine es nicht angängig, zwei Konsumenten, Leipzig und Berlin, mit einander zu verbinden, anstatt den Konsumenten mit dem Produzenten. Weiter komme hinzu, daß der Zweck einer Verbindung nach dem Norden über Lübeck durch den Elbe-Trave-Kanal schon erreicht zu sein scheine, während der Kanal von Stettin die Waren bis nach Potsdam und Torgau bringen werde. Man habe die Rentabilität des Elbekanals darin gesucht, daß man ein Expropriationsrecht für beide Seiten des Kanals zu erhalten sucht. Es frage sich nur, welche industrielle Unternehmung auf dieser Strecke ins Leben gerufen werden solle; Holzfrachten usw. vielleicht. Von Torgau ab bis Potsdam dürfte nicht viel zu holen sein. Die Leipziger Kanalgesellschaft sei übrigens ganz deutlich darauf aufmerksam gemacht worden, daß ihr ein solches Expropriationsrecht auf beiden Seiten des Kanals nicht erteilt werde. Der hauptsächlichste Hinderungsgrund bei dem Kanal Eilenburg—Torgau sei, daß nicht staatliche und politische Bedenken in Rücksicht gezogen worden seien. Es sei nicht anzunehmen, daß eine Genehmigung dieses Projektes seitens Preußen erfolgen dürfte. Alles scheine darauf hinzudeuten, daß Leipzig eine Konkurrenz dieses Projektes in keiner Weise zu besorgen habe. In Oesterreich sei man am Werke, die Gewinnung eines Wasserweges nach Deutschland hinein mit einem engeren Anschluß an das Verkehrssystem zu erreichen, und diese Verbindung mit der Gewinnung eines Wasserweges mit der Nordsee anzubahnen. Man suche nach dieser Richtung hin mehr und mehr zu klären, weitere Verbindungen zu entwickeln und miteinander zu verknüpfen. So seien die eingeleiteten Verhandlungen über die Schiffahrtssätze des Stromlandes der Elbe aufs engste mit dem Kanalprojekt verknüpft. Erst wenn dies ins Leben gerufen ist, sei die Preußische Regierung zu haben. So stehe die Angelegenheit jetzt; die Gesellschaft sei daher genötigt, noch etwas zuzuwarten. Inzwischen sei die Bildung eines Deichenbunds, der nicht bloß den Kanal durch eine zweckentsprechende Dammschützung vor den Flutmassen der Saal schütze, erfolgt. Nach diesem Bericht gab ein Gesellschafter noch einige kurze Anregungen für den Schiffahrtskanal. Dem Geschäftsführer wurde Entlastung erteilt und von dem Kassenbestand von 59 669,50 Mk. Kenntnis genommen.

# Vermischtes.

### Ein Automobil auf einen Zug gefahren.

An dem Planübergang der Staatsstraße Nr. 16 von Fensch nach Deutsch-Ith stieß am 14. d. Mts. 2 Uhr 30 Min. nachmittags in der Nähe des Bahnhofs Aumetz ein mit zwei Personen besetztes Automobil mit einem von Bahnhof Aumetz nach der Grube „Amalienzeche" fahrenden Ueberführungszug zusammen, da die vom Lokomotivführer gegebenen Warnungssignale nicht beachtet wurden. Beide Insassen wurden leicht verletzt, das Automobil stark beschädigt.

*

### Er will alle Stadträte umsonst beerdigen.

In St. Ingbert war vor kurzem die Stelle eines Totengräbers und Friedhofswärters ausgeschrieben. Ein wie begehrter Posten das ist, geht aus den Tatsache hervor, daß sich 75 Bewerber aus allen möglichen Schichten der Bevölkerung meldeten. Da gab es denn auch recht interessant abgefaßte Bewerbungen. Einer z. B. bemerkte ausdrücklich, daß er furchtlos sei, was ihm seine Frau bestätigen könne. Den Zuschlag bekam aber ein anderer, der in seinem Gesuch an den Stadtrat diesen eindringlich bittet, doch seine Stimmen auf ihn zu vereinigen; er verspreche dafür, alle Stadträte umsonst zu beerdigen und noch einen Meter tiefer als die gewöhnlichen Menschen. Der Stadtrat ging jedoch auf das verlockende Angebot nicht ein und wählte einen anderen.

**Unser Kaiserpaar beim Kanzler.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet: Der Kaiser und die Kaiserin hatten sich für gestern beim Reichskanzler und Frau von Bethmann Hollweg zum Diner angesagt. Hierzu haben u. a. Einladungen erhalten: Der königl. bayerische Gesandte Graf v. Lerchenfeld, der großherzogl. mecklenburgische Gesandte Freiherr v. Brandenstein und Gemahlin, der königl. sächs. Gesandte Freiherr v. Salza und Lichten und Gemahlin, der General der Infanterie und Generaladjutant von Löwenfeld, der General der Kavallerie v. Pfuel und Gemahlin, der Generaldirektor der königl. Bibliothek Wirkl. Geh. Rat D. Dr. Harnack und Gemahlin, die Hofstaatsdame der Kaiserin Fräulein v. Gersdorff, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg v. d. Schulenburg.

**Trauerfeier für Prinzessin Wilhelm von Baden.** Am Donnerstag, den 19. Februar, findet vormittags in der Kapelle des Palais des Prinzen Wilhelm von Baden die Trauerfeier für die verstorbene Prinzessin Wilhelm von Baden statt.

**China im Weltpostverein.** Die Republik China wird am 1. März dem Weltpostverein beitreten und dessen Satzungen vom September ab in Kraft treten lassen.

# Kunst und Wissenschaft.

**Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Malaria in Jerusalem** hielt am 14. Februar im Herrenhause zu Berlin ihre erste Mitgliederversammlung ab. In Vertretung des Kaisers erschien Prinz Friedrich Wilhelm, empfangen vom Vorstand der Gesellschaft und dem Präsidenten des Herrenhauses v. Wedel-Piesdorf. Vom Hofe der Kaiserin waren die Oberhofmeisterin Gräfin Brockdorff und die Hofstaatsdame Fräulein v. Gersdorff erschienen. Der Vorsitzende Ministerialdirektor Kirchner wies auf die Verdienste des Oberhofmeisters Freiherrn v. Mirbach um die Gründung der Gesellschaft hin. Das heilige Land, dessen gesundheitliche Zustände jetzt so überaus schlechte seien, sei an sich ein reiches Land und wir hätten dort neben den ideellen auch sehr starke wirtschaftliche und wissenschaftliche Interessen. — Der Schriftführer Geheimrat Prof. Dr. Pannwitz-Hohenlychen gab den Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses und betonte dabei die internationale und interkonfessionelle Grundlage der Gesellschaft, die eine wesentliche Vorbedingung für die Arbeiten im heiligen Lande sei. Schatzmeister Dr. James Simon-Berlin erstattete den Rechnungsabschluß. Es folgten Vorträge des kaiserlichen Gesandten z. D. Raschdau-Berlin über „Deutsche Interessen im Orient", des Universitätsprofessors Dr. Adolf Deißmann-Berlin über „Jerusalem, die heilige Stadt", des Oberhofmeisters Freiherrn v. Mirbach-Potsdam über „Wohlfahrtspflege in Jerusalem" und des Professors Dr. Mühlens-Hamburg über „Die bisherigen Ergebnisse der Arbeiten des Internationalen Gesundheitsamtes in Jerusalem".

# Aus dem Gerichtssaal.

— **Freigesprochen.** Die Strafkammer des Landgerichts in Straßburg sprach gestern den Redakteur Mink vom „Journal d'Alsace-Lorraine" von der Anklage der Beleidigung der preußischen Militärverwaltung frei. Das Gericht konnte nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß Mink der Verfasser des in Frage kommenden beleidigenden Artikels gewesen sei. Der seinerzeit mitangeklagte verantwortliche Redakteur Jung war zu drei Wochen Haft verurteilt worden.

# Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 17. Februar.

**Botanische Vereinigung.** In der letzten Sitzung legte zunächst Herr Zobel eine große, für das anhaltinische Landesmuseum bestimmte Gruppe herrlich präparierter Hieracium-Arten besonders aus dem Harze vor und besprach diese. Herr Richter-Schkeuditz zeigte Pflanzen der lybischen Wüste, Herr Bernau führte im Anschluß hieran einige stereoskopische Landschaftsaufnahmen aus der Sahara vor und stellte einige Vertreter der dortigen Dünenflora aus. Herr Universitätsprofessor Schulz sprach zunächst unter Vorlage der Arbeit von Koenen und Feld über den neuentdeckten Bastard zwischen Stachys alpina und Stachys silvatica, sodann über Stromtalpflanzen im allgemeinen und insbesondere über die, welche vom Rhein Lippe-aufwärts vordringen unter Zugrundelegung der vor kurzem erschienenen Abhandlung von Dr. Julius Müller. Den Abschluß bildeten kleinere Mitteilungen. — Nächste Sitzung findet am 7. März im „Reichshof" statt. Tagesordnung: Vorlage von Poa-Arten durch Herrn Amtsgerichtsrat Hermann.

**Der Hallesche Huderklub, e. V. (gegr. 1895),** hatte sein Wintervergnügen am 14. Februar in Form eines großartigen Deutschen „Schnitterfestes" veranstaltet. Die prächtig ausgestatteten Räume des „Stadtschützenhauses" vermochten die frohe Menge kaum zu fassen, so zahlreich war man allerseits der Einladung des Klubs, der seiner hervorragenden Feste halber bekannt ist, gefolgt. Der große Saal war in ein echtes rechtes deutsches Bauerndorf umgewandelt, mit Tannengrün und vollen Garben reifen Korns anmutig ausgeschmückt; vom Kronleuchter herab hing ein riesiger, mit bunden Bändern, Mohn und Kornblumen gezierter Erntekranz. Links vom Eingang lag der solide „Gasthof zum goldenen Herz", von dessen Terrasse aus frohe Zecher bei Wein und Sekt sich das bunte Treiben besahen, während in den verschwiegenen Lauben im Hintergrunde sehnsüchtigen Herzen Gelegenheit zu heimlicher Zwiesprache gegeben war. Die Fülle des Gebotenen war so überreich, daß wir nur Einiges herausgreifen können. Vor allem fand das „Erntedankfest", ein von 40 Damen und Herren des festgebenden Klubs ausgeführtes reizendes Festspiel mit Gesang und Tanz reichen Beifall wegen des wahrhaft deutschen Charakters, den es trug. Herr Opernsänger H. Janke, ein früheres Mitglied, jetzt in Hannover, trug in gediegener Weise zwei Lieder vor, die allseitig großen Anklang fanden. Ein Brautpaar aus dem Dorfe sang unter gespannter Aufmerksamkeit das bekannte Puppchenduett mit vieler Hingabe und künstlerischem Empfinden. Stürmischen Beifall ernteten dann „die zwei Stadtclackels" mit ihren grotesken Gesangstänzen, darunter einer geistvollen Parodie auf den „Tango". Dazwischen wurden die schönsten Rundtänze mit Hingabe getanzt. Man freute sich wirklich, wieder mal einen richtig deutschen Walzer genießen zu können. Es herrschte in allen Sälen die frohste Ungebundenheit, aus allen Augen leuchtete warme, unverfälschte Lebensfreude. Wer sich müde getanzt hatte, ließ sich in einer der trefflich geleiteten Bauernschänken nieder, deren eine behagliche Ruhepläzchen bot. Der Stoff war überall vorzüglich, für Verhungernde boten zwei, reich mit allerlei Leckerbissen ausgestattete kalte Bufetts Gelegenheit zu köstlicher Atung. Zwei schneidige, gut besetzte Kapellen sorgten für den musikalischen Teil, der schon zu Beginn mit einem samosen Bauernmarsch in gehobene Stimmung versetzt hatte. Wir möchten nicht verfehlen, zu betonen, daß alle Ausschmückungen, Budenbauten und Einrichtungen, die sämtlich in gediegenster und anheimelnder Weise sich darboten, mit großem Geschick und vielem Fleiß allein von Klubmitgliedern und deren Damen ausgeführt waren. Die Trachten hatten, dem Feste angemessen, vorwiegend einen Bezug auf das Dorf. Man sah behäbige Bauern, dralle Bauernmädels, zwei gelungene Dorfpolizisten, den eleganten Gutsherrn, einige zur Hilfe requirierte stramme Marsjünger; auch ein Bärenführer sammelte nach den Künsten seiner Tanzbären ein und über alles sprach der Herr Ortspfarrer seinen huldvollen Segen. Wer nicht das Tanzbein schwingen oder pokulieren wollte, vertrieb sich die Zeit mit Topfwerfen, Scheibenschießen, oder besuchte das erstklassige Lichtspieltheater, versuchte sein Glück in der Loosbude, am Glücksrad oder in der Wirfelbude. Daneben lockten in verschiedenen Verkaufsständen Ansichtskarten, Parfümerien, Geschenke und Süßigkeiten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402172-14/fragment/page=0002

zum Kauf. Und daß diese Dinge nicht schlecht waren, bewies nachher die fast völlige Leere der Buden. Sie hatten gegen 1 Uhr schon nahezu ausverkauft. Viele Pärchen und Gruppen benutzten das Kabinett im Erdgeschoß, um sich „typen“ zu lassen; manche ließen sich für den Abend im Standesamt ins süße Ehejoch binden, und das Postamt sorgte für Beförderung der zahllosen Kartengrüße, die in alle Welt, zum Teil sogar nach Deutschostafrika, flatterten. Das Fest war in allen Teilen aufs Beste gelungen und machte seinen Veranstaltern alle Ehre. Viele konnten sich erst recht früh zum „Abbruch der Beziehungen“ entschließen. Ly.

— **Gemeindevertreterwahl in Nietleben.** Am 31. März d. J. scheiden infolge Ablaufs der Wahlperiode aus der Gemeindevertretung aus: a) aus der dritten Abteilung: Kaufmann Franz Doeling; b) aus der zweiten Abteilung: Landwirt Otto Adam; c) aus der ersten Abteilung: Buchhalter Eugen Stordeur. Zur Vornahme der Ergänzungswahlen ist Termin anberaumt für die dritte Abteilung am Donnerstag, den 5. März 1914, von vorm. 10 bis nachmittags 2 Uhr; für die zweite Abteilung: am Freitag, den 6. März 1914, von 10 bis 12 Uhr vormittags und für die erste Abteilung am Freitag, den 6. März 1914, von mittags 12¾ bis 1 Uhr. Die Wahlen finden im Lokale von Fritz Weickardt statt.

# Letzte Telegramme.

### Wer wird Statthalter der Reichslande?

**Berlin,** 17. Febr. Nach der „Neuen Pol. Korr.“ gilt es neuerdings als sicher, daß Freiherr v. Schorlemer Statthalter in Straßburg wird.

### Der Abschied des Prinzen zu Wied von seinem Regiment.

**Berlin,** 17. Febr. Das Offizierkorps des 3. Garde-Ulanen-Regiments in Potsdam, dem Prinz Wilhelm zu Wied bis vor kurzem als Rittmeister und Chef der 5. Eskadron angehörte, hatte gestern abend ein Abschiedsfest für den scheidenden Regimentskameraden veranstaltet. Nach Tisch weilte der Prinz noch kurze Zeit unter der Mannschaft seiner Eskadron, die zu einem Bierabend in der Kaserne vereinigt war.

### Major Endell †.

**Posen,** 17. Febr. Der aus der agrarischen Bewegung bekannte Major Endell ist laut „Deutscher Tageszeitg.“ gestern abend nach schwerem Leiden gestorben.

### Selbstmord?

**Halberstadt,** 17. Febr. Auf der Landstraße nach Harsleben wurde von zwei Männern ein 18 Jahre altes Dienstmädchen bewußtlos aufgefunden. Nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus wurde festgestellt, daß es durch einen Revolverschuß in den Unterleib schwer verletzt war. Das Mädchen gab dann an, einen Selbstmordversuch begangen zu haben, jedoch kann ihm der Schuß — nach Ansicht der Polizei — nur von einer anderen Person beigebracht worden sein.

### Kirchenraub.

**Nürnberg,** 17. Febr. In die den Franziskanern gehörige St. Anna-Kirche brachen Diebe ein und steckten mehrere Meßgewänder und andere Gegenstände in Brand.

### Feuer in der Kaserne.

**Worms,** 17. Febr. Gestern abend wurden sämtliche Wehren der Stadt alarmiert, weil in der Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 110 Feuer ausgekommen war. Nach dem „B. T.“ ist der Dachstuhl, in dem die 4. Kompagnie untergebracht war, eingeäschert worden.

### Ein Wahnsinniger im Automobil.

**London,** 17. Febr. Ein eigenartiges Erlebnis mit einem offenbar Wahnsinnigen hatte am Sonnabend und Sonntag ein Chauffeur, der seinen Fahrgast fast 30 Stunden lang von einer Stadt nach der anderen fahren mußte. War der Benzinvorrat erschöpft, so wurde er im nächsten Gutshaus oder bei einem Händler unter Drohungen mit einem Revolver ergänzt. Nur mit Schwierigkeiten gelang es schließlich, die Festnahme des Wahnsinnigen zu erreichen.

### Ueberführung des Grafen Mielczynski nach Meseritz.

**Grätz,** 17. Febr. Graf Mielczynski wird am Mittwoch aus dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis nach Meseritz übergeführt, wo am Freitag und Sonnabend die Schwurgerichtsverhandlung gegen ihn stattfindet.

*

(Wiederholt.)

### Das Befinden des Kronprinzen.

**Berlin,** 16. Febr. Beim Kronprinzen ist in der vergangenen Nacht das Fieber gewichen und eine allgemeine Besserung des Zustandes zu verzeichnen. Die Kronprinzessin hat die beabsichtigte Rückkehr nach Berlin verschoben.

### Zum Ableben der Prinzessin Wilhelm von Baden.

**Berlin,** 16. Febr. Die Hoftrauer anläßlich des Ablebens der Prinzessin Wilhelm von Baden ist auf acht Tage festgesetzt worden.

**Karlsruhe,** 16. Febr. Wegen Ablebens der Prinzessin Wilhelm von Baden legt der großherzogliche Hof von heute Trauer auf sechs Wochen an.

### Der Empfang der albanischen Abordnung.

**Neuwied,** 16. Febr. Wie die „Neuwieder Ztg.“ erfährt, ist der Empfang der Abordnung aus Albanien durch Prinz Wilhelm zu Wied im Schlosse zu Neuwied endgültig auf den 19. Februar festgesetzt worden. Nach dem Empfange findet bei dem Fürsten Friedrich zu Wied im Festsaale des Schlosses ein Mahl statt. Darauf stattet die Abordnung den Prinzen und den Prinzessinnen zu Wied auf Schloß Monrepos Besuche ab und reist am Abend nach Waldenburg zum Besuche bei dem Fürsten zu Schönburg-Waldenburg, dem Bruder des Prinzen Wilhelm.

### Kommerzienrat Manz †.

**Bamberg,** 16. Febr. Kommerzienrat Heinrich Manz, früher Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Erlangen-Fürth, ist heute vormittag nach längerem Leiden im Alter von 62 Jahren gestorben.

# Börsen- und Handelsteil.

### Abtrennung von Dividendenscheinen.

Zu trennen sind am: 18. Febr. Deutsche Hypothekenbank (A.-G.) Berlin 8 Proz. Dividende, Baumw.-Spinn. Senkelbach, Augsburg 5 Proz., Kammgarnspinn. Gautzsch b. Leipzig 4 Proz., 19. Febr. Bank des Berliner Kassen-Vereins 8 Proz., Vogtländische Tüllfabrik 10 Proz., Baumwoll-Weberei Zöschlingsweiler 10½ Prozent, Bremer Jute-Spinnerei und Weberei 15 Proz., 20. Febr. Rhein.-Westfäl. Boden-Kredit-Bank 8½ Proz., Kölnische Hagel-Versicherungs-Ges. 60 Mk., Luxsche Industriewerke, Ludwigshafen 10 Proz., 21. Febr. Bayerische Bodenkredit-Anstalt 6 Proz., Lederw. Wieman, A.-G., Hamburg 17 Proz., Mech. Baumwoll-Spinn. u. Weberei, Augsburg 10½ Proz., 23. Febr. Allgem. Häuserbau-Akt.-Ges. 0 Proz., Hammersen A.-G. Baumw.-Spinnerei u. Web. 12 Prozent, Hubertus Braunkohlen Akt.-Ges. 8 Proz., Fabr. landw. Masch. F. Zimmermann & Co. 5 Proz., Mech. Weberei am Fichtelbach 5 Proz., Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik 0 Proz., 24. Febr. Braunschw.-Hannov. Hypothekenbank 8½ Proz., Hildesheimer Bank 9 Proz., Preußische Pfandbriefbank 8 Proz., Sächsische Bodenkreditanstalt 7 Proz., Schedewitz Kammgarnspinnerei 10 Proz., Schles. A.-G. f. Portlandzementfabr., Groschowitz 10 Proz., Obernkirchener Sandsteinbrüche, Bremen 6 Proz., Sektkellerei von Chr. Abt, Kupferberg & Co. ?

### Wochenbericht über Kaliwerte.

Die Mitteldeutsche Privatbank A.-G. schreibt in ihrem jüngsten Bericht: Die Tendenz am Kalikuxenmarkt war in der letzten Woche ungleichmäßig. Während zu Beginn der Berichtsperiode die Aufwärtsbewegung unter lebhaften Umsätzen weitere Fortschritte machte, trat gegen Mitte der Woche auf Gewinnrealisierungen eine leichte Abschwächung ein und der Markt verkehrte weiterhin in abwartender Haltung, da die Mitteilungen, daß die Gesetznovelle schon in dieser Woche an den Reichstag gelangen würde, sich nicht bestätigten. Nach unseren Informationen finden z. Zt. noch Vorbesprechungen mit Vertretern der Industrie statt und es ist möglich, daß die Novelle vielleicht schon Ende der kommenden Woche dem Reichstage vorgelegt werden wird. Die Grundtendenz des Marktes bleibt jedoch fest und gegen Schluß machte sich bei eintretender Nachfrage nach verschiedenen Werten wieder eine Befestigung bemerkbar. Die vor kurzem vereinbarte Beteiligung des Weimarischen Staatsfiskus an der Gewerkschaft Buttlar hat am 12. cr. die Genehmigung des Landtages gefunden und ist somit endgültig zur Perfektion gelangt.

Die veröffentlichten Jahresberichte der Gewerkschaften Hohenzollern und Heiligenroda für das Jahr 1913 weisen kleine Mindergewinne auf. Die Kursentwicklung ist gegenüber der Vorwoche unregelmäßig gewesen. Zu Beginn der Woche stellte sich das Kursniveau durchweg höher, doch traten gelegentlich der Glattstellungen wieder kleinere Rückschläge ein, sodaß gegen vorwöchentlichen Schluß zum Teil Abschläge zu verzeichnen sind. Eine besondere Lebhaftigkeit zeigte in der ersten Hälfte der Woche der Aktienmarkt und es ging hier zahlreiches Material in anderen Besitz über. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich Hallesche Kali, Heldburg und Krügershall. Auch für die Werte nichtsyndizierter Kaliwerke trat einiges Interesse hervor.

*

— **Rauchwaren-Zurichterei und Färberei Aktien-Gesellschaft vorm. Louis Walters Nachfolger in Markranstädt.** Laut Geschäftsbericht erzielte das Unternehmen zuzüglich Vortrag aus 1912 einen Reingewinn von 276 696 Mark (i. V. 441 868 Mark). Hieraus soll eine Dividende von 16 Proz. (20 Proz.) verteilt werden.

— **Die Braunschweigische Bank und Kreditanstalt** schlägt wieder 6 Proz. Dividende vor.

— **Kapitalserhöhung der Anhaltischen Kohlenwerke.** Es besteht bei der Gesellschaft die Absicht, der nächsten Aufsichtsratssitzung den Plan einer Kapitalserhöhung, und zwar um 1 auf 9 Millionen Mark vorzulegen. Die Dividende für das am 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr wird, wie wir hören, in Höhe von 10 Proz. vorgeschlagen werden.

— **Eisenbahnsignalbauanstalt Akt.-Ges., vorm. Max Jüdel in Braunschweig.** Die Verwaltung erklärt, daß sie sich erst beim Vorliegen der Bilanz darüber schlüssig machen könne, in welcher Weise sie einen eventl. Mehrgewinn gegenüber dem Vorjahre zur Ausschüttung bringen werde. Es käme in diesem Falle nämlich entweder die Ausschüttung einer erhöhten Dividende (i. V. 24 Proz.) oder eines Bonus in Frage.

— **Die Dresdner Bank** eröffnet am 18. Februar eine Filiale in Altenburg.

### Berliner Produktenbörse.

**Berlin.** 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei ruhigem Geschäft war die Tendenz am Getreidemarkte entschieden fest, da Argentinien höhere Notierungen gesandt hatte und die Käufer heute mehr aus ihrer Reserve herausgingen. So stellten sich die Preise von Brotgetreide und Hafer höher als vorgestern. Mais und Rüböl hatten stilles Geschäft. Wetter: bewölkt.

### Schlußbörse.

**Weizen:** Mai 199,00, Juli 202,00, Septbr. 197,50 ℳ; fest.
**Roggen:** Mai 158,75, Juli 162,00, Sepbr. 160,25 ℳ; fest.
**Hafer:** Mai 154,50. Juli —,— ℳ; behauptet.
**Mais:** Mai —,—, Juli —,— ℳ: ruhig.
**Rüböl:** Februar —,—, Mai —,—, Okt. —,— ℳ; still.

# Produkten- und Warenmärkte.

### Getreide. Hülsenfrüchte. Futtermittel.

**Berliner Frühmarkt.** (Amtl. Notierungen.) **Berlin,** 16. Febr.

| | |
|---|---|
| **Weizen (Normalgew. 755 g):** | |
| Loko inl.*) (per 1000 kg) | 184—187 |
| abfallender | —— |
| Mai | —— |
| Juli | —— |
| September | —— |
| **Roggen (Normalgew. 712 g):** | |
| Loko inl.*) (per 1000 kg) | 151-151 |
| abfall. | —— |
| Mai | 158 |
| Juli | —— |
| Dezbr. | —— |
| **Gerste†) (per 1000 kg)** | |
| Futterg., leichte inl. | 142—146 |
| do. schwere | 147—156 |
| Wintergerste, inländ. | —— |
| russ. u. Donau leichte | 133—136 |
| amerikan. | —— |
| **Hafer (Normalgew. 450 g):** | |
| Inl.**) fein (p. 1000 kg) | 167—182 |
| do. mittel do. | 153—166 |
| do. gering do. | —— |
| mit Geruch | —— |

| | |
|---|---|
| **Mais (p. 1000 kg) frei Wagen:** | |
| Amerik. mix. | 169—172 |
| runder | 147—151 |
| Odessa | —— |
| weißer Natal | —— |
| **Erbsen (per 1000 kg):** | |
| Inl. u. russ. Futterware mittel | 160—168 |
| feine Taubenerbsen | 169—192 |
| Viktoriaerbsen | —— |
| Kleine Kocherbsen | —— |
| **Weizenmehl (per 100 kg)** Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher | 21.75—27.00 |
| **Roggenmehl (per 100 kg):** Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher | 18.70—21.00 |
| **Weizenkleie:** grobe und feine | 10.60—11.10 |
| Roggenkleie | 10.00—10.60 |
| Seradella | —— |
| Lupinen, gelbe | —— |
| blaue | —— |

*) ab Bahn und frei Wagen. †) frei Wagen und ab Bahn.

**Berliner Mittagsbörse.** (Notierung der Produktenbörse.)

| | |
|---|---|
| **Weizen (Normalgew. 755 g):** | |
| Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn | 184—188 |
| abfall. | 170—180 |
| Mai | 198½—199 |
| Juli | 201¾—202 |
| Sept. | 196¾—197½ |
| Dezemb. | —— |
| **Roggen (Normalgew. 712 g):** | |
| Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn | 151-151 |
| April | —— |
| Mai | 158½—158¼—158¾ |
| Juli | 161½—162 |
| Sept. | 159¾—160¼ |
| **Mais (ohne Ang. d. Prov.):** | |
| amerikan. mixed | —— |
| runder 145—147 (ab Kahn) | |
| Jan. | —— |

| | |
|---|---|
| **Hafer (Normalgew. 450 g):** | |
| inländ. fein | 165—175 |
| mittel 149-164, gering | —— |
| April | —— |
| Mai | 154½ |
| Juli | —— |
| Dezbr. | —— |
| **Weizenmehl (per 100 kg):** Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher | 21.75—27.00 |
| (feinste Marken über Notiz). | |
| **Roggenmehl (per 100 kg)** Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher | 18.70—21.00 |
| Jan. —.—. Juli. —.—. | |
| **Rüböl (per 100 kg in Faß):** | |
| Mai | —.— Br. |
| Dezbr. | —.— Br. |

### Kartoffeln. Trockenkartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

**Kartoffelmarkt-Bericht** vom 16. Februar von der Preisberichtstelle des D. L.-R. — Für Eßkartoffeln ist bezahlt worden in Mk. für **50 kg. Berlin:** Rote Dabersche 1,75—1,90, Andere rote Sorten 1,50—1,60, Magnum bonum 1,70—1,90, Weiße runde 1,50—1,60. — **Magdeburg:** Rote Dabersche 1,75, Andere rote Sorten 1,55, Magnum bonum 175, Weiße runde 1,60, Weiße gelbfleischige 1,90. —

**Großhandelspreise für Trockenkartoffeln** in Käufers Säcken frei Station, in Mk. für 50 kg. **Flocken:** Calbe a. S. Stat. Calbe a. S.-West 6. Febr. in kleinen Posten 8,25 (bez.). D. L.-R.

### Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg,** 16. Februar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse 18,50—19,00 Mk. Tendenz: still.

— **Berlin,** 16. Februar. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl Februar-März 19,25 Mk., feuchte Stärke 9,70 Mk.

### Spiritus.

— **Nordhausen,** 16. Februar. Branntwein 35 Vol.-% für 100 kg (104—105 Ltr.) 81,75—82,75 Mk., Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 92,50—93,50 Mk. per loko und Lieferung bis Ende September 1914 ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg,** 16. Februar. Spiritus, roher Kartoffel- in Mark per 100 Liter à 100 %. Tendenz: still. Ohne Faß. Regulierungspreis 29,75 Mk., Februar 30 Br., 29,50 G., Februar-März 30 Br., 29,50 G. inkl. Eisenband-Spiritusstücke je 5,75 Mk. höher.

— **Paris,** 16. Februar. Spiritus flau, Februar 44,00, März 44,25, Mai-August 45,25, September-Dezember 43,25.

### Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 16. Februar. Rüböl loko 69,00, Mai 66,50.

— **Hamburg,** 16. Februar. Rüböl stetig, loko verzollt 67,00.

— **Amsterdam,** 16. Februar. Leinöl träge, loko 25½, März—April 25¼, Mai-August 26⅜, Septbr.-Dezbr. 27⅜.

— **Paris,** 16. Februar. Rüböl ruhig, Februar 76,75, März 76,25, März-Juni 75,50, Mai-August 74,50.

### Zucker.

**W. Hamburg,** 16. Februar. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per Februar 9,35, per März 9,37½, per April 9,42½, per Mai 9,52½, per August 9,77½, per Oktober-Dezember 9,65. Tendenz: behauptet.

**W. London,** 16. Februar. Rüben-Rohzucker 88 % Februar 9 sh. 4 d. Wert, stetig. Javazucker 96 % prompt 10 sh. — d. nominell, ruhig.

### Kaffee.

— **Hamburg,** 16. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 50 G., Mai 50¾ G., Septbr. 52 G., Dezember 52½ G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam.** 16. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 42.

— **Havre,** 16. Februar. Kaffee. Good average Santos März 62½, Mai 63, September 64, Dezember 64½. Tendenz: ruhig.

**W. Rio de Janeiro,** 14. Februar. Kaffee. Zufuhren 4000 Sack in Rio, 15 000 Sack in Santos.

### Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 16. Februar. Baumwolle, stetig. Upland middling loko 64,00 Mk.

— **Antwerpen,** 16. Febr. Wolle. La Plata-Kammzug Type B Februar 6,37½, April 6,35, Mai 6,25, Juni 6,32½, Oktober 6,22½, Dezember 6,17½. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool,** 16. Febr. Baumwolle. Umsatz 10000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Stetig.

Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Juni —,— per Februar-März 6,71, per März-April 6,72, per April-Mai 6,69, per Mai-Juni 6,69, per Juni-Juli 6,65, per Juli-August 6,61, per August-September 6,55, per September-Oktober 6,36, per Oktober-November 6,28, per November-Dezember 6,24.

### Metalle.

— **Amsterdam,** 16. Februar. Bancazinn behauptet, loko 121¾.

— **London,** 16. Febr. Blei, span., 19⅜ Lstrl., engl. 19⅞ Lstrl., Zinn 185¼ Lstrl., Zink 22¼ Lstrl., Chili-Kupfer 65⅞ Lstrl., 3 Monate 66⅜ Lstrl.

— **Glasgow,** 16. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen stetig. Middlesborough Warrants per Kassa 51 sh. ½ d.

# Tiere und tierische Produkte.

### Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig,** 16. Febr. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. (Amtlicher Bericht). **Auftrieb:** 568 Rinder (146 Ochsen, 181 Bullen, 32 Kalben, 201 Kühe, 8 Fresser (gering genährtes Jungvieh), 269 Kälber, 619 Schafe, 3318 Schweine: zusammen 3559 Tiere. **Preise: Ochsen:** I. 90—94, II. 84—89, III. 79—82, IV. 72—78, V. —,— ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. **Bullen:** I. 85—87, II. 84—85, III. 82—83, VI. 80—81, V. —,— ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. **Kalben und Kühe:** I. 88—90, II. 83—87, III. 77—82, IV. 70—76, V. 65—69 ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. **Fresser** (gering genährtes Jungvieh) 78—82 ℳ. **Kälber:** I. ——, II. 62-65, III. 56—61, IV. 45—55, V. ——— ℳ für 50 kg Lebendgewicht. **Schafe:** I. 48—49, II. 45—47, III. 38—44, IV. ———, V. — ℳ für 50 kg Lebendgewicht. **Schweine:** I. 62, II. 60—62, III. 58—60, IV. 56—57, V. 54—58 ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. — **Ueberstand:** Rinder 44, davon 10 Ochsen, Bullen 25, Kühe 4, Kalben 5, Kälber 2, Schafe 64, Schweine 198. — **Geschäftsgang:** Rinder schlecht, Kälber, Schafe und Schweine mittel.

# Neueste Handels-Depeschen.

**W. New-York,** 16. Februar. Roter Winter-Weizen loko 103, per Dezbr. ——, per Mai 101⅝, per Juli 97, per Sept. —,—. Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 3,90 Getreidefracht nach Liverpool 1¾.

**W. Chicago,** 16. Februar. Weizen per Mai 92⅞, per Juli 88⅞, per Sept. ——. Mais per Mai 65⅝, per Juli 64⅞, per Sept. 64⅜.

**W. New-York,** 16. Februar. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 11,25, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 14,12—14,62.

**W. New-York,** 16. Februar. Schmalz Westernsteam 11,05, Rohe und Brothers 11,35.

# Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

**Straußfurt,** 15. Februar + 1,25, 16. Februar + 1,60, Grochlitz + 1,12, + 1,30, Nebra Oberp. + 2,06, + 2,10, Untp. ÷ 1,48, + 1,60, Brückenp. —,—, —,—, Kösen 0,80, + 0,90, Weißenfels Untp. + 0,40, + 0,54, Trotha + 1,76, + 1,98, Alsleben + 1,24 + 1,40, Bernburg + 0,96, + 1,12, Calbe Oberp. + 1,68, + 1,58, Untp. + 0,70, + 0,86, Grizehne + 0,76, + 0,93.

**Verantwortlich:**
für Politik: Rechtsanwalt Dr. Straffer; für Deutsches Reich, Ausland und Vermischtes: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kunst und Kongresse: H. Mieschner; für Provinz, Handel, Feuilleton und Allgemeines: G. P. Kohlmann; für den Anzeigenteil: P. Kersten; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle (Saale).

Sprechstunden für Politik und Theater von 10 bis 11 Uhr, für alle übrigen Abteilungen von 8 bis 1 Uhr vormittags.

Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich oder an die Expedition bezw. den Verlag, sondern lediglich an die

„Redaktion der Halleschen Zeitung in Halle (Saale)“ zu richten.

**Bank für Handel und Industrie** (Darmstädter Bank) **Filiale Halle a. S.,** Alte Promenade 3, gegenüb. d. Stadttheat.
**Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402172-14/fragment/page=0003

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

| | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 3 1.Jan. | 4 1.Apr. | 7 1.Juli | O 1.Okt. | a 1.1.7. | d 1.4.10. | g 15.3.9. | k 15.6.12. | $q_1$ quartaliter | 1.1.4.7.10. |
| 2 1.Fbr. | 5 1.Mai | 8 1.Aug. | N 1.Nov. | b 1.2.8. | e 1.5.11. | h 15.4.10. | l 11.6.12. | $q_2$ do. | 1.2.5.8.11. |
| 6 1.Mrz. | 6 1.Juni | 9 1.Spt. | D 1.Dez. | c 1.3.9. | f 1.6.12. | i 15.5.11. | v versch. | $q_3$ do. | 1.3.6.9.12. |

# Berliner Börse, 16. Febr. 1914

Umrechnungssätze: [illegible] — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3%

Nachdruck verboten.

| Dtsch. Fds. u. Staats-Pap. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Dt.Rchs.Sch | a | 4 | 100 10G | Magdeb. 91 | a | 4 | 97.60G | Serb. Gold-A | f | 4½ | 88.10bG | Koslow-Wor. | d | 4 | 87 00b | PrPfdB30 31 | v | 4 | 95.25bG | Rh.Brnk09 2 | d | *4½ | 99.00G | Duseld.Adler | O | 6 | 97.00G | Dt Lin u Wchs | 1 | 5 | 128.10b | Emil Köster | 4 | 11 | 141.50bG | Schönebeck | 7 | 7 | 128.50bG |
| do. 1.4.15 | d | 4 | 99.80bG | do. 1906 | a | 4 | 97.60G | do.am.Anl95 | a | 4 | 79.80bB | Kursk-Kiew | b | 4 | 88.75b | do. S. 32, 33 | v | 4 | 95.75G | do. Metall 5 | d | 4 | 94.25G | Düss. Höfelb | O | 10 | 151.25G | doSchachtb. | 1 | 35 | 424.50bG | Koeth. Cell. | 1 | 11 | 126.00bG | Schöneb. Fr. | 4 | 0 | 85.50bG |
| do. 1.5.16 | a | 4 | 99.60bG | do. 1902 | d | 4 | 97.25bG | Siames. Anl. | c | 4½ | 96.10G | Lodz.Fabr.B. | a | 4 | | do. S. 23, 26 | v | 3½ | —.— | Rh. Wstf. El. 2 | d | 4½ | 98.00B | Frankf Henn. | O | 7 | 123 50G | do Spiegelgl | 1 | 20 | 318.25b | Kronpr. Met. | 1 | 20 | 292.00bG | C.Schoening | 5 | 9 | 124.50G |
| Dt.Rchs.-Anl | v | 4 | 98.60bG | do. 86-02 | a | 3½ | 93.60G | Türk.AdmAnl | e | 4 | 76.90G | Moskau Kas. | a | 4½ | 95.75b | do.17 18 24 | v | 3½ | 85.25G | do. do. 2 | d | 4 | 90.25G | Germn. Drtm. | O | 9 | 136.50G | do. Steinzg. | 1 | 16 | 225.00bG | Gb. Krüg.&C. | 1 | 12 | 151.75G | Schönw. Prz. | 1 | 4 | 84.00bG |
| do. uk. 25 | d | 4 | 98.80bG | Mannh01 12 | b | 4 | 95.50G | do.Bagd.Anl. | c | 4 | 79.10G | do. 1911 | e | 4½ | 95.75b | Pr.Kinb.-Ob. | a | 4 | 93.00G | do.Kalkw. 5 | a | *4½ | —.— | Gevelsberg. | O | 4 | 64.25G | do.Ton u Stz. | 1 | 10 | 144.00G | Kruschwitz Z. | 7 | 16 | 230.10bG | Herm. Schött | 1 | 9 | 120.00bG |
| do.uk35 Int | c | 4 | 99.30b | Mind. 95/02 | v | 3½ | 88.20B | do. do. 2 | a | 4 | 75.63G | do. 1915 | a | 4 | | do.KmOb.67 | a | 3½ | 89.60G | RiebeckMt. 2 | b | 4½ | 100.60B | Gilden-Br. | O | 0 | 70.00G | do.Waff.u.Mn | 1 | 32 | 615.00bG | Kunz Treibr. | 1 | 7 | 111.90G | Schftg. Huck | 1 | 6½ | 102.50G |
| do. do. | v | 3½ | 87.30G | MülheimRhr. | d | 3½ | 90.00B | do. unif. 03 | c | 4 | 86.50bG | Mosk.KiewW | a | 4½ | 95 50bG | do.Ser.9, 10 | v | 4 | 96.50G | Romb. Hütt. 3 | a | *4½ | 101.00bG | Glückauf | O | 8 | 124.50G | do.Wagg.Lh. | 1 | 12½ | 209.50G | Kupfw Otschl | 1 | 9 | 137.90bB | Schub.& Slz. | 4 | 24 | 381.00bG |
| do. do. | v | 3 | 78.00bG | München 94 | v | 3½ | 89.50G | do. do. 05 | c | 4 | 73.40G | do. 1910 | a | 4½ | 95.75bG | do. S.11, 12 | v | 4 | 96.50G | Rybn. Steink. | a | *4½ | —.— | Henning. Rfb | O | 0 | 46.00bG | do.Wasswrk. | 1 | 4 | —.— | Küppersb&S | 1 | 13 | 214.50B | SchuckertEl. | 8 | 8 | 152.60bG |

[illegible]

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß vor den Kursen angegeben. Sämtliche Industrie-, Bank- und Bahn-Aktien werden franko Zinsen gehandelt. Der Dividendenschein wird erst nach der Generalversammlung getrennt. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genußscheine werden ebenfalls frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402172-14/fragment/page=0004

# Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.

Halle, 16. Februar 1914.

Zunächst hat sich eine gemeinsame Tagung des Magistrats und der Stadtverordneten unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Rive, dem die Stadträte Deicke und Hertel, sowie die Stadtverordneten Pfautsch und Rabe beisitzen, mit einer Ersatzwahl für den Provinziallandtag der Provinz Sachsen an Stelle des Geheimrats Prof. Dr. Schmidt-Rimpler zu befassen. Gewählt wird der Stadtv.-Vorsteher Justizrat Dr. Lembser mit 60 Stimmen. Die 5 Genossen stimmen für den Stadtv. Hennig.

Hierauf tritt die Stadtverordnetenversammlung in ihre Verhandlungen ein, die vom stellvertretenden Vorsteher, Justizrat Dr. Föhring, geleitet werden. Eingaben und dergleichen sind nicht eingegangen, es wird sofort in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

1. **Feststellung eines Gasleitungs-Kostensatzes.** Der Magistrat hat den Gasleitungskostensatz für Straßen, deren Ausbaukosten zur Abrechnung nach ortsstatutarischen Grundsätzen kommen, bis auf weiteres auf 9 Mk. für den laufenden Meter Grundstücksfront festgesetzt, da sich der bisherige Satz von 14,50 Mark nicht aufrechterhalten läßt. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt dem zu. Berichterstatter Stadtvv. Kallmeyer und Frost.

2. **Feststellung eines Kanalbau-Kostensatzes.** Unter Aufhebung der früheren Beschlüsse, nach welchen als Kanalbaukostensatz vom Straßenbauunternehmer wie von den Anliegern 50 Mk. für den laufenden Meter Grundstücksfront zu erheben sind, hat der Magistrat den Kanalbaukostensatz für die Abrechnung der nachfolgend aufgeführten Straßen festgesetzt: für die Lindenstraße auf 18,50 Mk., für die Königstraße auf 27,10 Mk., für die Reilstraße auf 29,30 Mk., für die Wörmlitzer Straße auf 18,65 Mark, für die Ludwigstraße auf 18,65 Mk., für die Liebenauer Straße auf 19 Mk., für die Turmstraße auf 18,65 Mk., für die Meteritzstraße auf 24,90 Mk., für die Pfännerhöhe auf 18,65 Mk. Für Unternehmerstraßen soll nach der Magistratsvorlage wie bisher ein einheitlicher, von Zeit zu Zeit der Revision zu unterwerfender Satz erhoben werden, der auf 30 Mk. für den laufenden Meter Grundstücksfront festgesetzt wird. Der Bauausschuß beantragt, daß für alle Arten Straßen ein einheitlicher Satz von 25 Mk. festgesetzt wird. Der Haushaltsausschuß beantragt dagegen, daß es bei den vom Magistrat festgesetzten Kosten sein Bewenden haben solle. Berichterstatter Stadtvv. Kallmeyer und Frost. Nach längerer Aussprache, an der sich die Stadträte Frenzel und Grote sowie die Stadtvv. Emmer, Gradehand, Boecke, Dr. Herzau, Pfautsch, Stadtbaurat Lammers und Stadtv.-Vorsteher-Stellv. Dr. Föhring, die Stadtvv. Schramme, Günter beteiligen, wird der Antrag des Bauausschusses angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung wird nicht erledigt.

4. **Kanalbau Dessauer Straße.** Mit Rücksicht auf den geplanten Ausbau der Dessauer Straße bis zum neuen Friedhof, wie auch aus Rücksicht auf die Bebauung wird die Entwässerung der Dessauer Straße auf der Strecke von dem Dessauer Platz bis zur Halberstädter Eisenbahn notwendig. Die Versammlung heißt den Bau des Kanals gemäß dem Entwurfe gut und bewilligt die Mittel in Höhe von 31 000 Mk. aus der Kanalbauanleihe. Berichterstatter Stadtvv. Schulze und Gradehand.

5. **Pflasterung Dessauerstraße.** Wenngleich der endgültige Ausbau der Dessauerstraße bis zum neuen Friedhof bis zur Lösung der Straßenbahnfrage verschoben werden muß, ist es doch unerläßlich, daß für Fußgänger befriedigende Wegeanlagen geschaffen und daß Baumpflanzungen hergestellt werden. Es ist notwendig die Herstellung eines Mosaikweges auf dem östlichen Bürgersteig in der Dessauerstraße zwischen Dessauerplatz und Halberstädter Eisenbahn, die Herstellung eines Mosaikweges und einer Baumpflanzung auf dem östlichen Bürgersteig zwischen Halberstädter Eisenbahn und Friedhof und die Anlage eines Promenadenweges und Herstellung einer Baumpflanzung entlang dem neuen Friedhof zwischen Landrain und der Abzweigung des Weges nach Mötzlich. Nach den vorgelegten Kostenanschlägen sind an Mitteln erforderlich 19 500 Mk. Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigt die Ausführung der Arbeiten nebst Kostenanschlägen und bewilligt die Mittel in Höhe von zusammen 19 500 Mark aus der Anleihe von 1910. — Berichterstatter Stadtvv. Schulze und Ritter. Stadtv. Hüllemann wünscht die Straßenherstellung der Dessauerstraße vom Wasserturm bis zur Kaserne. — Stadtbaurat Lammers gibt die Notwendigkeit zu, bemerkt aber, daß die Herstellung bis zur Regelung der Straßenbahnfrage vertagt werden müsse.

6. **Kanalisierung und Neupflasterung des Wasserwegs.** Nachdem nunmehr der Hauptsammelkanal in der Giebichensteinerstraße fertiggestellt ist, kann auch der Kanal im Wasserweg, soweit es noch nicht geschehen, gebaut werden. Im Anschluß an den Kanalbau soll dann die Straße profilmäßig reguliert und endgültig befestigt werden. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich mit Ausführung der Arbeiten einverstanden und bewilligt die erforderlichen Mittel für den Kanalbau in Höhe von 12 000 Mk., aus der Kanalbauanleihe und für die Regulierung und Neupflasterung im Betrage von 15 000 Mk. aus der Anleihe von 1910. Die Kosten gelangen später gemäß den ortsstatutarischen Bestimmungen zur Einziehung und werden an die Anleihe zurückerstattet. An der Ecke des oberen Amtsgartens soll noch ein Zugangsweg geschaffen werden. — Berichterstatter Stadtvv. Richter und Gradehand.

7. **Regulierung der Dölauerstraße.** Durch Gemeindebeschluß sind für Regulierungsarbeiten und die Baumpflanzung in der Dölauerstraße zwischen dem Knoch'schen Grundstück und der Straße G 28 200 Mk. bewilligt worden. Von diesem Betrage sind noch 8360 Mk. verfügbar. Inzwischen ist durch Aenderung der Fluchtlinie die Straßenbreite gegenüber der Knochenmühle ebenfalls auf 26 m festgesetzt worden; auch hat die Stadtgemeinde dieses von dem fiskalischen Grundstück zur Dölauer Straße fluchtlinienplanmäßig entfallende Land erworben, sodaß es nunmehr möglich ist, die gesamten Erd- und Anpflanzungsarbeiten auf der ganzen Strecke von dem Knoch'schen Grundstück bis zur Heide fertigzustellen. Der Magistrat hat einen bezüglichen Plan aufstellen lassen. Dieser sieht die Herstellung eines provisorischen Reit- und eines provisorischen Promenadenweges vor, die Chaussierung soll einstweilen in ihrem jetzigen Zustande belassen werden. Die Baumpflanzung soll möglichst schon im Frühjahr ausgeführt werden. Die Kosten sind auf 42 000 Mk. veranschlagt. Es wären daher die noch vorhandenen Geldmittel (8360 Mk.) um 33 640 Mk. zu verstärken. Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigt die Ausführung der Arbeiten nach Maßgabe des vorgelegten Planes und Kostenanschlags und bewilligt die noch erforderlichen Mittel in Höhe von 33 640 Mk. aus der Anleihe von 1910. Da es sich um den Ausbau einer Straße als städtische Regiestraße handelt, sind die Kosten aus Anleihemitteln zu decken; soweit die Beträge zur Erstattung kommen, werden sie der Anleihe zugeführt. — Berichterstatter Stadtvv. Schramme und Gradehand. — Stadtv. Emmer wünscht, daß bei dieser Gelegenheit die Verlängerung der Straßenbahn bis zur Knochenmühle in Angriff genommen und zur Verbreiterung der Straße Enteignungsvorarbeiten getroffen worden. — Stadtbaurat Lammers erwidert, daß an dem Fahrdamm nichts geändert werden soll, und also hat das auch nichts mit der Verlängerung der Straßenbahn zu tun. Wegen Erwerbung von Land steht die Verwaltung mit den Eigentümern in Unterhandlungen.

8. **Festsetzung des Stadthaushaltsplanes für 1914** und zwar: Elektrizitätswerk. Der Haushaltplan wird im Entwurf in Einnahme und Ausgabe bei einem Ueberschuß von 360 000 Mk. auf 1 892 281 Mk. festgesetzt. Stadtv. Michel als Berichterstatter befürwortet die Annahme dieses Haushaltsplanes. Stadtv. Gerig wünscht Auskunft über mehrere Punkte, bei denen ihm eine Verschleierung vorgekommen zu sein scheint. Weiter wünscht er, daß der Zeitzähler so eingestellt wird, wie tatsächlich zu zählen ist. — Stadtv. Ritter wünscht nicht den Tarif zu ändern, sondern er beantragt, man soll auf Antrag statt der Zählung der teueren Brennstunden eine einmalige Abfindung leisten. — Stadtv. Meyer hält die Höhe der Abschreibungen für zu gering. — Stadtv. Herzfeld bemerkt, der Tarif sei für die Privatleute günstig, für die Geschäftsbetriebe nachteilig. — Stadtv. Heine macht darauf aufmerksam, daß auch die städtischen Betriebe Energie nutzlos opfern, um in den Genuß des billigeren Tarifs über die 300 Brennstunden hinaus zu gelangen. — Der Rittersche Antrag wird angenommen. — Straßenreinigungswesen. Der Entwurf sieht in Einnahe 57 049,80 Mk., dauernde Ausgaben 343 498 Mk., für einmalige Ausgaben 1375 Mk., mithin einen Gesamtzuschuß von 287 823,20 Mk. vor. — Berichterstatter Stadtv. Döhler. — Stadtv. Völker beschwert sich über die Art und Weise der Müll- und Ascheabfuhr. Abhilfe könne nur durch Uebernahme der Abfuhr durch die Stadtverwaltung geschaffen werden. — Stadtv. Emmer fragt, ob sich die Automobil-Kehrmaschine bewährt. — Stadtrat Grote erwartet, daß sie sich ausgezeichnet bewährt. — Stadtv. Hüllemann bemerkt, die Müllabfuhrfrage könne nicht so lange vertagt werden, bis die Kanalherstellung erfolgt sei. — Stadtrat Grote führt aus, daß diese Frage geprüft werde. — Der Haushaltplan wird genehmigt.

Hierauf Schluß der Sitzung.

# Das Sexualleben und wir Modernen.

In dem am Sonnabend im Auditorium maximum vor der Halleschen Studentenschaft gehaltenen Vortrage über das Thema „Das Sexualleben und wir Modernen", führte Herr Geheimrat Professor Dr. R. Seeberg-Berlin folgendes aus:

Meine Herren Kommilitonen!

Es geht den Modernen vielfach so, wie es der Mode geht. Sie braucht sich nur durchgesetzt zu haben, um veraltet zu sein. Daß wir alle, die wir uns moderne Menschen nennen, bald veraltet sein werden, ist eine ganz selbstverständliche Tatsache. Wenn wir unser heutiges Leben beachten, so hören wir oft die Parole aussprechen: „Zurück zu!" Ueberall strömt eine gewisse geistige Tendenz durch unser Leben, die zurück will zu dem Brunnen des Idealismus. Trotzdem sind wir Modernen noch immer die, die wir vor 20 Jahren gewesen sind. Daher ist es nicht ein mehrdeutiger Begriff, wenn ich von uns Modernen rede. Jeder moderne Mensch hat zunächst die Empfindung, daß schwere Gegensätze sich in seinem Innern treffen. . .

Es ist ein Punkt, der heute von besonderer Bedeutung ist, daß ist der Gesichtspunkt der Persönlichkeit, daß, sich selbst in Freiheit zu finden, das eigentliche Ziel des Menschen sei. Hier wird zum andern das Individuum angefeuert, seine Eigenart auszuprägen. Wer weiß nicht, bis zu was für einem Gipfel der Selbstverliebtheit sich dies steigern kann! Aber wenigstens andererseits auch, wie die besten Züge in unserm Wesen hiermit zusammenhängen. Nun steht dem starken Selbstbewußtsein entgegen die große, breite Welle des Materialismus und Positivismus. Es ist so, daß wir alle irgendwie davon berührt sind. Hier ist nun alles ganz anders: Ewige Gesetze walten in der Natur, alles ist gegeben. Derselbe Mensch, der eben frei dastand, steht nun zum andern da und ist hineingewachsen mit seinen Füßen in diesen Erdboden. Von diesen beiden Strömungen wird solch ein Individuum von heute ergriffen. Dies Doppelleben, das kennzeichnet eigentlich uns Modernen.

Wie stehen wir Modernen nun zu dem großen Problem der Sexualität? Es ist nicht so, als wenn wir dies Problem entdeckt hätten. Zu jedem Zeitalter kehren die großen Grundfragen immer wieder. Aber jedes Zeitalter empfindet diese Grundprobleme in anderer Weise, und so wirkt das Sexualproblem in eigentümlicher Weise auf uns Menschen von heute ein. Immer wird der Mensch mit höchster Ehrfurcht stehen vor dieser Anlage, vor diesem Faktum, durch das sich das Menschengechlecht fortpflanzt. Wer könnte die Sexualität verachten, der irgendwie den Menschen kennt! Dieser Trieb ist nur dem einen der Selbsterhaltung zu vergleichen. Darum diese Gewalt, die über alle Individuen herrscht, um die Gattung zu erhalten, um Geschichte zu ermöglichen. Das ist die Sexualität. Sexualität ist nichts, was man von oben her abhandeln könnte. Das große Wunderbare, durch das das Menschengeschlecht sich erhält, das ist die Sexualität. Aber diesen Trieb fing der Mensch ein, er ließ ihn geregelt sich auswirken, indem er die monogamische Ehe schuf. Niemand aber wird leugnen können, daß doch eine Unmenge ungelöster Probleme noch geblieben sind. Hier setzt nun eine neue, große Bewegung ein. Nichts wäre so verkehrt, als sie mit einigen Redensarten abtun zu wollen. Hier handelt es sich darum, daß man die Gedanken, die vorgetragen werden, zu verstehen sucht. Die monogamische Ehe soll fortbestehen, aber in dieser monogamischen Ehe sollen freie Persönlichkeiten leben. Beide sollen miteinander gehen, dann wird das Glück dasein. Freie Individuen, Menschen die sich ganz ausleben, das wäre ideal. Nun ja, wenn man sich dann geirrt hat, dann soll statt der ehelichen Quälerei ein schnelles Auseinandergehen eintreten. Wenn nun aber Kinder da sind? Wenn bei dem weiblichen Teil der Ehe das Ichbewußtsein so gesteigert ist, daß sie das nicht tragen will, was ihr von einem andern übergeben ist? Das ist dann schwierig. Deshalb soll man diese unbequeme Frucht fortschaffen oder verhindern, daß sie kommt. Was nun aber mit den Jungen? Lange bevor das Individuum imstande ist, in die Ehe zu treten, oder gar Kinder zu ernähren, regt er sich. der Geschlechtstrieb. Was nun? Die schmutzige Prostitution will man nicht. So wird die Verhältniswirtschaft eine Stufe höher gehoben, in die höheren Stände getragen. So scheint allen Genüge geschehen zu sein. Der Personalismus und der Materialismus kommt auf seine Rechnung. Aber diese jungen Menschen sollen heranwachsen, daß sie einst als freie Persönlichkeiten sich gegenüberstehen. Und das soll so eingeleitet werden, daß sie schon gleich in der ersten Zeit zu der denkbar tiefsten Gemeinschaft kommen und daß sie, da die unerwünschten Folgen vermieden werden, sich schrankenlosen Exzessen hingeben? Glauben Sie, daß Persönlichkeiten gebildet werden, wenn man das eigene Ich voranstellt? Ich habe nie den Eindruck gehabt, daß Egoisten, wenn man sie zusammenspannt, plötzlich einander verstehen. Nein, das kommt so nicht zustande, es sei denn, daß man ganz neue Menschen hat. Sowohl die, die in der großen, als auch die, die in der kleinen Ehe leben, haben eins gemeinsam, die Scheu vor dem Kinde. Die in der kleinen Ehe können es nicht und wollen es nicht. Und wenn sie sich dann daran gewöhnt haben, dann sagen sie später: das Kind brauchen wir nicht mehr. Die Folge davon fangen wir an immer deutlicher in unserem Leben zu spüren. Der nationale Selbstmord beginnt nun auch, uns Deutsche zu bedrohen. Nicht irgendwelche sozialen Gründe sind es in erster Linie, nicht die sexuelle Not. Nicht irgendwelche besondere Gestaltung des Gesellschaftslebens kommt in Frage, der eigentliche Grund des Geburtenrückganges ist der, daß die Menschen aus reinem Egoismus keine Kinder mehr haben wollen. Und davon sind nicht nur einzelne Schichten, sondern weite Kreise unseres Volkes betroffen. Wenn man etwas Achtung hat vor den Aufgaben, die unsere Nation hat, dann wird man sich dem ganzen Ernst der Lage nicht verschließen können; denn es bedeutet den Anfang vom Ende. Ich wage es also nicht, Ihnen dieses neue Eheideal zu empfehlen. Was dann? Wie ist es nun mit der alten Ehe?

Ganz gewiß ist sie auf sinnlicher Grundlage aufgebaut. Und doch soll die Ehe nicht so abgeschlossen werden, daß sie die Freundschaft ausschließt; denn alle Ehen werden einmal zur Freundschaft. Wenn aber wirklich zwei Persönlichkeiten so zu einanderstehen, daß sie ganz sich geben wollen, — was ist das für eine Liebe, wenn jemand da zur Gummiware greift! Glauben Sie wirklich, daß das den Menschen nicht physisch und seelisch ruiniert? Seelisch, weil die Unersättlichkeit der Sinnlichkeit wächst und sie nie zur vollen Entfaltung kommt, physisch, weil sie den Ekel mit sich bringt. Gewiß, wer sieht nicht die Schäden, die das Alte mit sich bringt! Ist es aber überhaupt unter den Menschen so, daß eine Institution da wäre, die keine Schattenseiten hätte? Fallen wir nicht alle etwas dabei herein, wenn wir die törichte Generalisierung mitmachen, daß das, was wir in der Zeitung lesen, allgemein geschieht. Wenn wir auf unser deutsches Leben blicken, so ist die große Zahl der Ehen noch so beschaffen, daß wir sie eher glückliche, als unglückliche Ehen nennen können. So glaube ich trotz allem, daß wir bei den alten, unsere ganze Geschichte begründenden, monogamischen Ehegedanken bleiben müssen. Mit jenem andern kann das Glück des Individuums und der Gesellschaft nicht gebessert werden. Machen Sie sich nur von der Suggestion frei, als ob die Menschen ganz andere geworden sind, als sie früher waren. Konzentrieren Sie die Gedanken nicht immer auf dies eine. Man halte die Kinder so lange wie möglich ganz als Kinder. Endlich, das Gemeine sei gemein. Lachen sie darum nie über das Gemeine. Der große Kampf aber um die Weltanschauung, der bleibe niemandem fern. Der Materialismus herrscht vielleicht noch; aber dennoch als ein „als ob" schiebt sich der alte Idealismus dazwischen. Aber nicht so, daß wir zu Hegel wieder zurückkehrten. Alles was wir erworben haben, das soll bleiben. Die neue Weltanschauung ist zu suchen, die uns ein neues Licht ins Leben hineinwerfen soll, die uns auch über die sexuellen Schwierigkeiten hinaushelfen soll.

In der folgenden Aussprache wurde auch Herr Geheimrat Professor Dr. Anton, Direktor der Königl. Nervenklinik in Halle, veranlaßt, vom ärztlichen Standpunkte aus sich zu diesem Gegenstande zu äußern. Er bemerkte dazu folgendes:

Gern gebe ich meine Zustimmung auch vom ärztlichen Standpunkte zu den Thesen des Herrn Vortragenden, dessen bewegende Worte uns allen einen seelischen Zuwachs bedeuten.

In der Tat, die Seele ist's, die sich den Körper bildet: sie vermag ihn in Krankheit und Gesundheit zu führen. Es ist keineswegs unärztlich oder unpraktisch, die Frage vom idealistischen Standpunkte zu erörtern. Die bedeutendsten Gehirnforscher in neuerer Zeit gelangten zu idealistischer Weltauffassung: ich nenne die großen Psychiater Hitzig und Meynert. Die Ethik und Sittlichkeit ist nicht allein eine Erfindung herrschender Geister oder herrschender Klassen, sie entspringt vielmehr mit Notwendigkeit aus unserer inneren Anlage heraus. Wir alle sind angelegt im Fundamente schon nicht nur als Menschen, sondern auch als Mitmenschen. Auch die Selbstbeherrschung und Selbstregulierung ist eine tief in uns angelegte Gottesgabe. Unsere besten Qualitäten erringen wir durch Ueberwindung von Schwierigkeiten, durch Uebung in Selbstbeherrschung. Unsere Freiheit erringen wir zum Großteil von innen her durch Selbstschulung, durch die Gymnastik des Willens.

Was die Ehen betrifft, so mag vielen derselben die menschliche Eigenschaft der Unvollkommenheit anhaften, aber auch solche Ehe ist erfahrungsgemäß besser als Zügellosigkeit. Die Ehe gibt unserm Gemütsleben einen festen Punkt und unserm Willen eine scharfe Richtung. Wenn auch Leid und Kampf und Sorge hinein gewoben sind, so ist dies keineswegs immer von Uebel, ja es muß ausgesagt werden: auch Kampf und Mühe können neue Lebensmotive bringen!

Es gibt in den neusten Zeiten Jugendorganisationen mit Tausenden von Mitgliedern, etwa im Alter von 14—16 Jahren, welche als Wahlspruch zum Teil verfechten: Kampf gegen Schule, Kampf gegen Elternhaus, Kampf gegen die positiven Religionen und freien Geschlechtsverkehr. Ich überlasse es Ihnen, auszudenken, wie solche Bewegungen mit Sicherheit zur Zügellosigkeit, zum frühzeitigen Entgleisen und zur Unfreiheit führen müssen.

Am Schlusse noch einen ärztlichen Rat! Mit Recht wird geltend gemacht, daß die Nation alles Interesse daran hat, daß die Frau geschützt, geschont und geehrt bleibt. Die Frauen sind die Hüterinnen der Erbmasse des Volkes. (Gruber.) In dieser Erkenntnis ist auch die Grenze gegeben für den Wettbewerb der Frau im Arbeitsmarkte des Lebens. Aber auch der Mann muß sich klar bewußt werden, daß er in den Momenten, wo er neuen Menschen das Leben gibt, geistig und physisch in möglichst bester Verfassung sich befinden soll; daß er von der Tragweite und Wichtigkeit seines Tuns durchdrungen ist. Wir wissen bereits alle, wie verheerend Vergiftung und Infektion als unverschuldete Erbsünde in der neuen Generation wirken. Auch die seelische Verfassung muß gepflegt sein, denn sie wirkt tausendfältig auf die Körperlichkeit. Auch der Mann muß geistig und körperlich rein erscheinen, wo er neues Leben zu erschaffen hat.

Diese Erfahrungen begründen in uns allen die Ueberzeugung, daß die Selbstbeherrschung und Sittlichkeit keine Hemmung und Schwächung bedeuten, sondern die wirkliche Freiheit, die von innen kommt, und den Neuerwerb unserer besten Qualitäten.

# Sportnachrichten.

## Luftfahrt.

— **Das Reichskolonialamt gegen die Luftschiff-Expedition nach Neuguinea.** Wie wir erfahren, hat das Reichskolonialamt dem Reichstage soeben eine Erklärung zugehen lassen, die in kolonialen Kreisen lebhaftes Aufsehen hervorrufen dürfte. Staatssekretär Dr. Solf nimmt darin entschieden Stellung gegen den von manchen auch einflußreichen Kreisen begünstigten Plan des Oberleutnants Graetz, das Schutzgebiet Deutsch-Neuguinea vom Luftschiff aus zu erforschen. Wir veröffentlichen aus der Erklärung folgendes: „Für ethnologische, zoologische, botanische, geologische Studien gibt es außerdem wohl kein ungeeigneteres Beförderungsmittel, als ein Luftschiff, noch dazu in einem Lande, welches nur sehr spärliche Landungsstellen bietet. Auch sind die Einwirkungen, die das Erscheinen eines Luftschiffes auf die scheuen, im Urzustande lebenden Eingeborenen ausüben würde, nicht abzusehen; sie könnten unter Umständen recht verhägnisvoll sein und alle eben angebahnten freundschaftlichen Beziehungen vernichten. Die klimatischen Verhältnisse in Neuguinea sind für die Luftschiffunternehmungen sehr schlecht. Ein Appell an das deutsche Volk, die Mittel für eine großzügige Erschließung Neuguineas herzugeben, ist zu begrüßen, aber mit der Einschränkung, daß dieses Geld auch nach bewährten, Erfolg versprechenden Methoden angewendet wird. Verfehlte Unternehmungen bringen der Forschung keine Förderung, sondern entmutigende Rückschläge."

**Viertes Preisausschreiben der National-Flugspende.** Um ein Uebergangsstadium zu dem nach völliger Verausgabung der National-Flugspende sich ergebenden Zustande zu schaffen, wird ein neues Preisausschreiben unter den Bedingungen des aufgehobenen Preisausschreibens mit der Maßgabe erlassen, daß: a) die Einzelpreise sich um 50 Prozent ermäßigen, b) die Renten unverändert bleiben, c) die Gesamtsumme der Preise auf 150 000 Mark festgesetzt wird, d) die Auslobung mit Verausgabung der vorerwähnten Gesamtsumme, spätestens aber — und zwar auch bezüglich der Zahlung der Renten — am 30. Juni 1914 erlischt.

## Turnen.

**Der Ausschuß der deutschen Turnerschaft beim König von Bayern.** Freitag vormittag wurde eine Abordnung des Ausschusses der deutschen Turnerschaft, bestehend aus dem stellvertretenden Vorstande Sanitätsrat Dr. Töplitz-Breslau, dem Geschäftsführer Stadtschulrat, Professor Dr. Rühl-Stettin und dem Vertreter des 12. Turnkreises Bayern, Turninspektor Häublein-Nürnberg vom König Ludwig empfangen, um den Dank der Turnerschaft dafür entgegenzunehmen, daß er, der als Freund und Förderer des deutschen Turnens seit Jahrzehnten bekannt ist, dem deutschen Kaiser bei seiner Anwesenheit in München Gelegenheit gegeben habe, das deutsche Turnen in seiner Vielseitigkeit durch eine Mustervorführung des Münchener Männerturnvereins kennen zu lernen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402172-14/fragment/page=0005

# Preußischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

**Sitzung vom 16. Februar 1914.**

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. v. Dallwitz.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 11¼ Uhr.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wurde in der Besprechung der nordschleswigschen Frage fortgesetzt.

Abg. Wittrock-Flensburg (Fortschr. Vpt.): Der Minister hat in der Kommission darauf hingewiesen, daß

**die dänische Agitation an Ausdehnung zugenommen**

hat. Diese Tatsache ist nicht wegzuleugnen. Wir freuen uns dessen, was vor 50 Jahren gewonnen wurde, aber von einer inneren Gewinnung Nordschleswigs sind wir noch weiter entfernt denn je. Man könnte auch hier sagen: Alles kaputt! Die Dänen fanden sich früher mit dem Vordringen des Deutschtums resigniert ab. Dann aber kamen Männer, denen es nicht schnell genug ging, es kam das bedauerliche

**Sprachenerlaß,**

und es wurde den Dänen eine gewisse Rechtsgrundlage für ihre Agitation gegeben. Der außerordentlich scharfe polizeiliche Druck hat Erbitterung hervorgerufen und gab der dänischen Agitation Stoff. Auch bis dahin indifferente Kreise wurden in die Agitation hineingetrieben. Sollen wir nun die Hände in den Schoß legen? Nein! Aber das Allerverfehlteste wäre das, was in der berüchtigten Flensburger Versammlung geboren wurde, die Rückkehr zur Köllerpolitik. Der Minister hat Recht, wenn er die in der Flensburger Versammlung erhobenen Angriffe auf die Untätigkeit der Regierung als übertrieben charakterisiert. Ich möchte der Regierung möglichste Reserve, möglichste Vermeidung gewaltsamer Eingriffe empfehlen. Suchen Sie die Dänen mit den gegebenen Verhältnissen auszusöhnen und sie zu treuen Söhnen unseres Vaterlandes zu machen. Sie werden dann, wenn nicht von heute auf morgen, aber doch in absehbarer Zeit, für die Verhältnisse gewonnen werden. (Beifall links.)

Abg. Stroebel (Soz.): Sie beziehen sich auf die Geschichte; aber man soll doch etwas vorsichtig sein bei der Heraufbeschwörung der Geschichte von 1864. Es war nicht nötig, diese Zeit heraufzubeschwören; das beweisen die Vorgänge, die schließlich zur Annektierung von Schleswig-Holstein führten. In Nordschleswig wird eine Politik der Drangsalierung und Vergewaltigung gegen die Dänen getrieben. Man sagt, die Dänen trieben Boykott. Was sollen aber die 150 000 Köpfe, um die es sich da handelt, für einen Boykott ausüben? Was bedeutet das gegenüber dem nationalen Boykott, der von deutscher Seite ausgeübt wird? Auch ein Vortrag über das dänische Wahlrecht, der von dem dänischen Abgeordneten Stauning in Flensburg in dänischer Sprache gehalten werden sollte, wurde verboten. Die Dänen befinden sich im Recht, wenn sie ihre Nationalität erhalten wollen. Der Kampf gegen die Dänen widerspricht der Kultur und der nationalen Ehre. (Beifall bei den Soz.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Ich muß die preußische Staatsregierung und unser Vaterland gegen die Beschuldigungen des Vorredners entschieden verwahren. (Beifall.) Es galt damals, unsere deutsche Brüder von der Fremdherrschaft zu befreien. Wenn der Abg. Ströbel das als einen Raub bezeichnete, so zeugt das lediglich von dem Tiefstand seines nationalen Empfindens. (Lebhafte Zustimmung rechts. Heftiger Widerspruch b. d. Soz.) Auf der gleichen Stufe steht es, wenn von einer nationalen Erbitterung der Flensburger gesprochen wird, als sie es fertig gebracht hatten, den

**Führer der dänischen Sozialdemokratie**

heranzuziehen, um durch die Teilnahme an einer Versammlung für diese Reklame zu machen. Hier handelte es sich um eine ganz gewöhnliche sozialdemokratische agitatorische Versammlung der national-dänischen Sozialdemokraten in Flensburg. Ein Ausländer, der für sich das Gastrecht bei uns in Anspruch nimmt, verwirkt diesen Anspruch dann, wenn er sich in politische Angelegenheiten unseres Landes einmischt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn sich Herr Ströbel darüber freute, daß Herr Stauning trotzdem persönlich sich an dieser Versammlung beteiligte, so hat er damit angesichts der gespannten nationalen Verhältnisse in Nordschleswig sich einer dreisten Herausforderung schuldig gemacht, nicht nur der staatlichen Autorität und aller Aufsichtsbehörden, sondern auch der gesamten deutschen Bevölkerung in Nordschleswig. (Lebhafter Beifall rechts.) Wie Herr Stauning sein Verhalten mit der Würde eines Vizepräsidenten des Folkethings zu vereinbaren sucht, das hat er mit sich selbst und seinen Freunden abzumachen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf von Reventlow (Kons.): Die Fortschritte, die das

**Deutschtum in Nordschleswig**

früher unzweifelhaft gemacht hatte, haben aufgehört, seitdem die Politik gegen die Dänen ihre Entschiedenheit verloren hat. Ich bitte die Regierung, stetig und energisch in der Dänenpolitik vorzugehen. (Beifall rechts.)

Abg. Kloppenborg-Skrumsager (Däne): Die Unterdrückung, die Preußen durch Napoleon erlitten hat, war nicht so groß, wie diejenige, die die Dänen seitens Preußens erleiden. Besonders werden die Versammlungen der Dänen schikaniert. Wir fordern eine

**Politik der Gerechtigkeit**

gegen die Dänen.

Abg. v. Bonin-Stormarn (Kons.): Bis zum Jahre 1852 sind deutsche Kirchenbücher vorhanden gewesen. Diese sind aber von der dänischen Regierung sämtlich kassiert. Ich möchte mal sehen, welch' Geschrei sich auf dänenfreundlicher Seite erheben würde, wenn wir die dänischen Kirchenbücher einfach kassieren würden. (Beifall rechts.)

Die Besprechung wurde hierauf geschlossen.

Das Haus ging sodann zur Beratung des Antrags der Abg. Dr. Hahn (Kons.), Meyer-Diepholz (Natl.) und Reinhard (Ztr.) über:

Die Regierung zu ersuchen, die Ausführungsanweisung vom 8. Mai 1913 zum Gesetze vom 23. Dezember 1912, betreffend Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren, dahin abzuändern, daß die öffentlichen Sparkassen Preußens in die Lage versetzt werden,

1. die Einstellung ihres Pflichtbestandes an Inhaberpapieren in die Bilanz nach dem Anschaffungswerte vorzunehmen,

2. die buchmäßigen Kursverluste solange vom Reservefonds abzuschreiben, als dieser nicht unter 2 Prozent der Einlagen sinkt,

3. die Zinsen des Reservefonds den Jahresüberschüssen hinzuzurechnen.

Abg. Dr. von Kries (Kons.): Die große Mehrzahl meiner politischen Freunde kann diesem Antrage nicht zustimmen, weil sie sich verpflichtet fühlt, an dem Grundsatz festzuhalten, daß strengste Solidität der Grundsatz sein muß, nach welchem die öffentlichen Sparkassen verwaltet werden. Der Grundsatz strengster Solidität erfordert aber, daß dem Antrage, die Einstellung des Pflichtbestandes an Inhaberpapieren in die Bilanz nach dem Anschaffungswerte vorzunehmen, nicht stattgegeben wird. Diese Maßnahme würde sich nicht mit den kaufmännischen Grundsätzen vereinbaren und läuft auf etwas hinaus, was man wohl als

**Bilanzverschleierung**

bezeichnen kann.

Abg. Reinhard (Zentr.): Durch den Antrag soll den Nachteilen, die den Sparkassen aus der Verpflichtung zur Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren, insbesondere durch Kursverluste entstanden sind, entgegengewirkt werden. Die

**Kreditnot des Mittelstandes**

ist durch das Gesetz noch verschärft worden. Es sollte den Sparkassen in reichlicherem Maße Dispens bezüglich des Erwerbs von Inhaberpapieren erteilt werden.

Minister des Innern von Dallwitz: Gerade diejenigen Sparkassen, die infolge des Gesetzes vom Jahre 1912 ihre Inhaberpapiere haben vermehren müssen, haben diese damals zu einem verhältnismäßig niedrigen Kurs erworben. Tatsächlich spiegelt sich die Lage der Sparkassen auch darin wieder, daß im Jahre 1912 größere Überschüsse verteilt worden sind, als im Jahre 1911. Es ist bei der Ausführungsverordnung ausdrücklich hinzugefügt worden, daß dort, wo es berechtigt erscheint, Erleichterung eintreten kann. Nun ist verlangt worden, daß die Sparkassen an Stelle des Kurswertes den Anschaffungswert in die Bilanz einstellen dürfen, wenn der Anschaffungswert den Kurswert übersteigt. Ich glaube, daß diesem Wunsche kaum wird stattgegeben werden können, denn

**die Bilanz soll wahrheitsgemäß sein.**

Wenn wir die Kursverluste vom Reservefonds abschreiben lassen, dann werden die Reservefonds in kurzer Zeit nicht mehr vorhanden sein. Ich habe schon seinerzeit keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir nicht in der Lage sein würden, einem solchen Wunsche Rechnung zu tragen. Der Zweck des Reservefonds beruht im allgemeinen darauf, daß er verwendbar bleiben muß. Deshalb ist es auch erforderlich, daß die Einstellung der Zinsen dieses Fonds beim Reservefonds erfolgt, und nicht den Jahresüberschüssen zugerechnet wird.

Abg. Hausmann (Natl.) trat für die Annahme des Antrags ein.

Abg. Dr. Krüger (Fortschr. Vpt.): Die Annahme und Durchführung des Antrages würde zur Folge haben, daß die Sparkassen zu falschen Bilanzen kommen. Die Sparkassen haben bei den Vorrechten, die sie genießen, allen Anlaß zu einer

**vorsichtigen Finanzverwaltung.**

Sie sollen vorbildlich auf diesem Gebiete sein. Wir haben erhebliche Bedenken gegen den Antrag.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Außerdem: Interpellation betreffend Überschwemmungsschäden an der Ostsee; Vorlage betreffend Erweiterung des Stadtkreises Dortmund.

Schluß 4¾ Uhr.

# Deutscher Reichstag.

**Sitzung vom 16. Februar 1914.**

Am Bundesratstische Staatssekretär Dr. Lisco.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2¼ Uhr.

Das Haus begann die zweite Beratung des Reichsjustizetats.

Zum ersten Titel „Staatssekretär" lagen 3 Resolutionen vor, über die nach einem Antrage aller Parteien nach Erledigung der allgemeinen Besprechung eine besondere Diskussion stattfinden soll.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.): Die Ausbeute des letzten Jahres an Reichsjustizgesetzen ist nicht gerade groß. Durch das Gesetz über die Schöffen und Geschworenen ist das Ziel nicht erreicht worden, daß eine andere Auswahl unter den Schöffen und Geschworenen getroffen wird. Der Gemeindevorsteher stellt noch immer die Liste zusammen, und der Ausschuß von Vertrauensmännern wird noch immer aus einem sehr beschränkten Kreise entnommen. Weiteste Kreise der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten. Die Vorwürfe über Klassenjustiz könnte man nur dadurch abschwächen, daß man die Arbeiter immer mehr zur Rechtsprechung heranzöge. Nach meiner Ansicht können Arbeiter nur dann erfolgreich herangezogen werden, wenn der Ausschuß, der diese Auswahl trifft, anders zusammengesetzt wird. Auch hier ist ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht einzuführen. Das Verlangen der kaufmännischen Angestellten nach einer Änderung der Bestimmungen über die

**Konkurrenzklausel**

ist noch nicht erfüllt worden. Der Gesetzentwurf wird ja bald an das Forum des Hauses gelangen, aber er ist nicht so aufgebaut, wie es die beteiligten Kreise erwarten. Wir werden auf jeden Fall dafür eintreten, daß die Wünsche der Handelsangestellten erfüllt werden. Schlechthin unerträglich ist die Hinauszögerung der Vorlegung des Gesetzentwurfes betreffend die

**Jugendgerichte.**

Die Strafprozeßordnung ist eigentlich schon seit 1879 reformbedürftig; wir sind seitdem nicht einen Schritt weiter gekommen. Das

**Strafgesetzbuch**

ist nur scheinbar ein neues Strafrecht, es beruht im wesentlichen auf dem preußischen Strafgesetz von 1855. Seitdem hat sich eine stürmische Umkehr der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse vollzogen. Trotzdem hat der Staatssekretär des Reichsjustizamts für die Vorlegung das Jahr 1917 in Aussicht genommen. Will man vielleicht warten, bis sich die „rote Wolke" verzieht? Wie aber, wenn der Reichstag aufgelöst wird und die bürgerlichen Parteien die Mehrheit gewinnen? Welche Pläne bei den Verbündeten Regierungen bestehen, hat uns der Reichskanzler enthüllt. Es sollte unter der Maske des gemeinen Rechts das Koalitionsrecht nach dem Willen des koalierten Unternehmertums erdrosselt werden. Die arbeitende Klasse wird sich mit allen Mitteln dagegen wehren. Geschähe das nicht, so würden die Arbeiter die Hundsfotte sein, als welche sie die gewissenlosen Scharfmacher ansehen. Ein

**freies Koalitionsrecht**

ist allein die Luft, unter der die Arbeiter atmen können. Wollten wir auf die soziale Gesetzgebung verzichten, so wäre überhaupt keine Möglichkeit einer Rechtsentwicklung vorhanden. Die Novelle zum Strafgesetzbuch von 1912 war ein guter Anfang; auch die Novelle zum Militärstrafgesetzbuch ist ein Beweis, daß selbst die Regierung sich entschließt, Unebenheiten im Strafgesetzbuch zu beseitigen. Die jetzige Eidesformel vor Gericht müßte mit Rücksicht auf die Konfessionslosen durch eine andere ersetzt werden. Das heute auf 1500 Mark bemessene Existenzminimum hat sich längst als unhaltbar erwiesen; es wird erhöht werden müssen, natürlich für alle Klassen der Bevölkerung. Die Urteile der Schöffengerichte haben ihren Anteil an dem gegen unsere Rechtssprechung von weiten Kreisen der Bevölkerung erhobenen Vorwurf der Klassenjustiz. Dieselben Delikte werden streng geahndet, wenn es sich um Arbeiter handelt, dagegen unglaublich milde, wenn es sich um Angehörige anderer Stände handelt. Bei Streikaten mit einem politischen oder sozialpolitischen Hintergrunde zeigt sich die Unfähigkeit der Richter, unparteiisch zu bleiben. Besonders verwerflich sind die Korruptionserscheinungen im Polizeispitzelwesen. Eine Reformierung der Polizeieinrichtungen ist notwendig. Aber eine Änderung dieser Zustände ist nur möglich bei einer grundlegenden Änderung der öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Zustände. Die Richter dürfen nicht aus schmalen Gesellschaftsschichten entnommen werden, sondern müssen aus der Wahl des freien Volkes hervorgehen. (Beifall bei den Soz.)

Präsident Dr. Kaempf: Der Vorredner hat gesagt: Wie, wenn der Reichstag aufgelöst wird und die Verbündeten Regierungen außerhalb des Hauses einen Wahlschwindel erfinden? Hierin liegt eine schwere Beleidigung für die Verbündeten Regierungen; ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Dr. Belzer (Zentr.): Die Vorgänge beim Krupp-Prozeß liegen auf militärischem Gebiete und werden besser später zur Sprache kommen. Der Prozeß hat aber gezeigt, daß unsere Rechtspflege auch vor großen, angesehenen Firmen nicht zurückschreckt. Das Auftreten des Ersten Staatsanwalts, der vielfach schwer angegriffen worden ist, findet unsere volle Anerkennung.

**Wie steht es mit dem Gesetzentwurf über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses,**

der auch in diesem Jahre wieder in einer Resolution gefordert wird? Den Forderungen auf Vorkaufsrecht der Gemeinden bei Zwangsverkäufen und auf Beschleunigung und Vereinheitlichung der Rechtspflege in gewissen Fällen, wie es der nationalliberale Antrag verlangt, können wir nicht zustimmen. Es muß darauf gesehen werden, daß nicht die Prozeßkosten des kleinen Mannes vermehrt werden. Obgleich der Verein der deutschen Journalisten zugesagt hat, daß bei

**Sensationsprozessen**

nicht mehr so berichtet werden soll wie bisher, hat sich eine erhebliche Besserung dieser Verhältnisse leider noch nicht gezeigt. Der persönliche Schutz gegen Preßangriffe muß in weitestem Maße gesichert werden. Ich freue mich über das Urteil gegen den Verleumder des Berliner Generalintendanten. Eine Prozeßberichterstattung und eine Behandlung vor Gericht, wie sie im Falle Hedwig Müller eintrat, wird im Volke nicht verstanden. Eine Vorlage

**zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild**

muß möglichst noch in dieser Session vorgelegt werden. Es gibt kaum noch einen schweren Verbrecher, der nicht als geisteskrank oder unzurechnungsfähig erklärt wird. Diese Art der Rechtsprechung ist höchst bedenklich. (Sehr richtig! auf allen Seiten.) Tatsächlich

**gemeingefährliche Geisteskranke**

sollte man nach einer gewissen Zeit nicht wieder auf die Menschheit loslassen, sondern sie wie Lehrer Wagner lebenslänglich in einer Irrenanstalt unterbringen. Besser wäre es allerdings gewesen, im Falle Wagner die ganze Strenge des Gesetzes anzuwenden. Das Volk versteht diese Erledigung nicht. Gerade der Fall Wagner sollte Anlaß zur Revision der Irrenfürsorge geben. Mißstände müssen rücksichtslos bekämpft werden.

Abg. Schiffer-Magdeburg (Natl.): Die Sozialdemokratie leitet ihre Theorie von der Klassenjustiz aus Zeitungsnachrichten her. Wir erkennen ohne weiteres an, daß Mißgriffe vorkommen, aber nirgends sind sie so selten wie bei uns. Auch in den breiten Massen, die hinter der Sozialdemokratie stehen, ist das Vertrauen zur Rechtsprechung noch keineswegs erschüttert. Nach meinen Erfahrungen ist das Streben der Richter nach Unparteilichkeit so groß, daß sie vielfach in den entgegengesetzten Fehler verfallen und dem Arbeiter gegenüber den Arbeitgeber bevorzugen. (Sehr richtig; rechts.) Die Nichtvereidigung der Zeugen im Kruppprozeß erfolgte zwar in richtiger Ausführung der Gesetze; sie warf aber einen völlig unberechtigten Makel auf die Persönlichkeiten. In der Frage der Beleidigungen müßte ein größerer Schutz der Ehre geschaffen werden.

**Gegen böswillige Schuldner**

muß der Gläubiger besser geschützt werden. Wir verlangen, daß in gewissen Fällen die Rechtspflege beschleunigt und vereinheitlicht wird. Die Berichterstattung bei Sensationsprozessen muß würdig sein. Es scheint aber, als ob auch im Gerichtssaale Bonmots geprägt werden, um nach außen hin Eindruck zu machen. Der Richter muß stets von dem Grundsatz ausgehen: erst kommt der Mensch, dann der Jurist. (Beifall.)

Abg. v. Laszewski (Pole): Eine Beschleunigung der Rechtsprechung muß unbedingt gefordert werden. Den polnischen Angeklagten gegenüber wird nicht mit der gleichen Objektivität geurteilt wie gegenüber den übrigen Mitbürgern.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt; vorher kurze Anfragen, Abstimmungen zum Etat des Reichsamts des Innern.

Schluß 7 Uhr.

Patentanwaltsbüro Sack
Patent-Anwälte: Ing. O. Sack. Dr.-Ing. F. Spiekmann. LEIPZIG

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402172-14/fragment/page=0006